

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Dritteljähr 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern
zelle oder deren Raum 40 Pfg., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen, sowie
Arbeitsmarkt 20 Pfg. Insetate für die
nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochentagen
bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Berliner Volksblatt.
Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 26. Mai 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

25 Jahre

nach Hermann von Mallinckrodt's Tode.

Der Militarismus in dem geeinigten Deutschland nimmt
nun aber auch in Beziehung auf die bürgerlichen und politi-
schen Verhältnisse, eben weil er alle Verhältnisse durchdringt,
ein eigenes Gepräge an. Wir befinden uns auf dem Wege
zu einer Entwicklung deutscher Verhältnisse, wie Deutschland
sie nie gekannt hat, solange ein Deutsches Reich bestand.

Am 14. Mai 1874, als das erste Septennat im Reichs-
tage zur Verhandlung stand, sprach der Führer der Centrums-
partei, Hermann v. Mallinckrodt, diese trefflichen Worte. Was
würde er heute in seinen oft charakteristisch vertrauten
Briefen über seine Nachfolger in der Führung der Centrums-
partei schreiben, wenn er erfahren könnte, wie jetzt die Ver-
treter des „katholischen Volkes“ bis auf die letzte Nuance
die von ihm so eindringlich gekennzeichneten Nationalliberalen
kopieren; er hätte wohl auch mit einem bitteren Lächeln
feststellen können, wie seine Voraussagungen von der Ent-
wicklung zum deutschen Imperatoratum sich mehr als er-
füllt haben.

Es hat sich eben in den 25 Jahren seit Mallinckrodt's
Tode viel im Deutschen Reich, aber noch mehr innerhalb der
Centrumpartei geändert. Man sehe sich Herrn Lieber, den
stets lächelnden, selbstgefälligen Führer der Centrumpartei
an, der, wie Mallinckrodt von den Nationalliberalen sagte,
„sich so gern mit nationalen Worten schmückt“ und vergegen-
wärtige sich die Gestalt Mallinckrodt's, den einer seiner Partei-
gänger in der allgemeinen deutschen Biographie folgender-
maßen schildert: „Es trafen hier zusammen: eine markante,
achtunggebietende Erscheinung, ein makelloses Leben, die
tiefste Ueberzeugungstreue, ein völlig selbstloses Ein-
setzen und Hinopfern des ganzen Jahrs für eine
als heilig erkannte Sache, souveräne Beherrschung des
Stoffes, absolute Klarheit der Grundfälle und deshalb
auch der Rede, dazu eine Macht des Wortes, die zwar nach
dem Ausdruck oft genug rang und nie redselig wurde, aber
aus einem übervollen Herzen quoll, darum zuletzt auch stets
den besten Ausdruck fand und in ihrer Wärme, Wucht und
Klarheit mit hinreichender Kraft wirkte. Früh gereift und
durch und durch ernst, hieß Mallinckrodt schon im jugendlichen
Alter der „Cato“ seiner Fraktion. Die Gabe, einer schwereren
Sache die leichteren, einer ernsten die heiteren Seiten ab-
zugewinnen, die Schärfe der Gegensätze gelegentlich durch ge-
fälligen Humor zu mildern, war ihm nicht beschieden. Er
musste überall, durch Nebendinge unbehindert, den wuchtigen
Kern ins Auge fassen und für diesen Kern angreifend ver-
teidigend oder angreifend, rettend oder vernichtend, sein ganzes
können einsetzen.“

Heute ist im Centrum das Vorbild dieses Mannes
vergessen, man läßt sich nicht mehr gerne an die
früheren Zeiten erinnern; heute ist alles in der
Centrumpartei auf das Gefallen nach oben, auf Rücksicht-
nehmung, auf die kleinen Künste des Parlamentierens und
Diplomatierens zugeschnitten. Die Zeiten sind längst ver-
schwunden, wo das Centrum den Kern der Opposition bildete,
heute fühlen sich die Liberalen zu allen möglichen Rücksicht-
nahmen gegen die Regierung verpflichtet. Eine Partei, wie
das Centrum zur Zeit Mallinckrodt's hätte gegen den nun zur
Herrschaft gelangten Geist der Rechtsprechung im Deutschen
Reiche kräftige Worte der Kritik gefunden; nun aber geht die
Beratung des Justizetat's im preussischen Abgeordnetenhaus
zur vollsten Befriedigung des würdigen Chefs unserer Justiz-
verwaltung, des Herrn Schönsiedt, vor sich. Wir wollen

daran erinnern, was Mallinckrodt wenige Wochen vor seinem
Tode, am 12. März 1874, anlässlich des Antrages Liebknecht
und Bebel: die Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten
durch Unterbrechung des Strafvollzuges wieder zu gestatten,
ausführte: „Es kann sehr wohl die einzelne Person des
Richters in voller Unabhängigkeit ihres Berufes warten, und
gleichwohl kann die Unabhängigkeit der Gerichte schwere Be-
denken erregen. Es kommt da in erster Linie z. B. darauf
an, wie die Gerichte zusammengesetzt werden, und die Be-
merkung des Herrn Meyer (Thorn), daß für die Unabhängig-
keit der Gerichte nichts zu besorgen sei, so lange die juristische
Laufbahn jedermann zugänglich sei, schlägt keineswegs durch,
so lange es in der Hand der Regierung liegt, die einzelnen
Richterkollegien so zusammenzusetzen, daß die Tendenzen sich
zur Tendenz finden, und wenn das geschieht, ist die Unab-
hängigkeit der Rechtsprechung gefährdet.“

Wir glauben auch nicht, daß Mallinckrodt an der Haltung
der Centrumpartei bei der letzten Wahl der Schriftführer im
Reichstage Gefallen gefunden hätte; sagte er doch (März 1874)
im Reichstage: „Ich stehe auch heute auf dem Stand-
punkte, zu bedauern, daß die Herren Abgeordneten Liebknecht
und Bebel nicht in unserer Mitte sind. Es ist zwar heute
eine ziemliche Zahl ihrer Gesinnungsgenossen hier, die wir in
der vorigen Session entbehrten, aber nach meiner Auffassung
noch lange nicht genug; denn die Zahl von Staats-
angehörigen, die hinter den Herren steht, ist eine so große,
daß man nicht sagen kann, dieser Teil des Volkes sei in einer
genügenden Weise in der Volksvertretung repräsentiert, und
ich halte es unter allen Umständen für notwendig, daß eine
gesunde Volksvertretung ein Spiegelbild
des gesamten Volkes giebt.“

Das Centrum unter der Führung von Mallinckrodt, der
ein anständiger katholischer Konservativer, aber trotz seiner
hohen Beamtstellung kein Gouvernentaler war, mußte
demokratisch sein, mußte die Opposition gegen das bismarckische
Regime stützen, nur so bekam es den Anhang, der aus der
kleinen „katholischen Fraktion“ die mächtigste Partei des
deutschen Reichstages wachsen ließ.

Heute freut man sich in den Reihen des Centrums
des Erringenen, man vergißt aber gern, wie man die
großen Wählermassen zur Zeit des Kulturkampfes gewann.
Man möchte gern Regierungspartei sein und die Wähler
doch in dem Glauben belassen, als ob die Partei ihren
Traditionen treu geblieben sei. Damit stellen sich aber die
Centrumsführer eine Aufgabe, die zu erfüllen auf die Dauer
auch die gewandteste Diplomatie nicht genügen wird. Das
Centrum müßte die eigenartigen Vorteile seiner Partei heute
noch gründlich aus: die geistige Rückständigkeit seiner Wähler,
die einzigartige Organisation der katholischen Hierarchie und
endlich die enge Verbindung von Religion und Politik. Es
sind dies Vorteile, mit denen andere Parteien nicht konkurrieren
können, wir nicht konkurrieren möchten. Auf die Dauer ver-
lieren aber auch diese Grundlagen der Centrumsmacht an
Wert. Die wirtschaftliche Zurückgebliebenheit der besten
Centrums-Wahlkreise kann auch nicht auf die Dauer bestehen,
überallhin dringt die Industrie, nicht bloß die alten
Produktions- und Erwerbsverhältnisse, sondern auch die Köpfe
langsam aber sicher revolutionierend. Der Militarismus und die
Freizügigkeit bringen die vom Centrum wohlgeheulten
Schäfschen mit anders Denkenden in Berührung, immer
schwieriger wird es nun, wo die Zeiten des Kulturkampfes
nicht hinter uns liegen, die katholische Religionsübung für
bedroht zu erklären. Von den Erinnerungen des Kultur-
kampfes zehrte die Centrumpartei bis jetzt; seiner Ver-
wertung dankt das Centrum, daß es seinen Führern noch
immer gelang, die sich direkt entgegenstehenden Interessen von
Industrie-Arbeitern und Innungsmeistern, von Großgrund-
besitzern und Landarbeitern gleichzeitig unter die Hut der
Partei zu nehmen.

Von altem Heldentum zehrend, hat die Centrumpartei,
länger als ihre Gegner erwarteten, die Partei in der alten
Stärke erhalten können. Die partei-zersetzenden Tendenzen der
ökonomischen Entwicklung kann man auch von den schwarzen
Wahlkreisen nicht fernhalten. Die regierungsfreundliche Haltung
der Lieber und Konforten hat auch in Centrumskreisen viel Kopf-
schütteln hervorgerufen, die Innungsmeister, früher die ge-
treueste Gefolgschaft der Liberalen in den Städten, sehen sich
nun, wo das Innungsgesetz in Kraft getreten, in ihren Er-
wartungen getäuscht, und auch in den Kreisen der Arbeiter,
die noch dem schwarzen Heerbanne angehören, beginnt es zu
dämmern; bei den Landarbeitern werden auch mit der Zeit
die agrarischen Theorien der Szmulca und Hoensbroeck ihre
Wirkung nicht verfehlen. Man muß sich bescheiden, daß der
Befreiungsprozess im Centrum nicht so schnell vor sich geht,
als es im Interesse der allgemeinen Volkswohlfahrt gewünscht
werden müßte, aber die kleinen Nachfolger der Mallinckrodt
und Windthorst verhehlen es sich wohl selbst nicht mehr, daß
der kunstvolle Bau der Centrumpartei nicht stand halten kann
den Stürmen, die sich in den eigenen Reihen über kurz oder
lang erheben müssen.

Schnell emporgeschossen in den Stürmen der Verfolgung
wird die Partei die lauen Winde der governementalen Epoche
nicht lange vertragen. —

Vor dem Ende.

st. Wien, 24. Mai.

Am Pfingstsonntag ist endlich, nach langer Qual und Pein, das
sogenannte politisch-nationale Programm der
deutschen Oppositionsparteien veröffentlicht worden. Es
ist, trotzdem es fast ausschließlich die Sprachenfrage behandelt, wohl
das umfangreichste Programm, das sich jemals eine politische Partei
gegeben. Das Programm zerfällt in einen allgemein politischen-
staatsrechtlichen Teil, dann in allgemeine Grundsätze zur Regelung
der Sprachenfrage und schließlich in Normen für jedes der vielen
Kronländer Oesterreichs; nur Dalmatien und Galizien sind in diesem
überlangen Wurschtzettel ausgelassen worden. Die wichtigste
Forderung ist wohl die, daß der deutschen Sprache der Rang
einer bevorrechteten Vermittlungssprache eingeräumt werde;
sie soll die Sprache des Reiches, der Staatsakte, der obersten
Verwaltungs- und Gerichtsbehörden sein, und, mit wenigen Aus-
nahmen, auch die Sprache des inneren Dienstes der Behörden im
ganzen Reich. Ausnahmen werden nur in Südtirol für die
italienische, in Galizien für die polnische, und für das czechische
Gebiet von Böhmen konzediert; da sollen die betreffenden Landes-
sprachen auch im inneren Dienste Geltung bekommen. Was die
Forderungen für die einzelnen Länder betrifft, so scheinen sie
natürlich weit über das auch nur halbwegs mögliche Maß hinaus;
das Programm kommt um ein halbes Jahrhundert zu
spät, denn es übersteht vollständig die kulturelle Entwicklung, die die
slawischen Stämme bisher erreicht haben, und die es unmöglich
macht, sie gleichsam als Völker zweiten Ranges zu behandeln. Kon-
sequent ist das Programm eigentlich nur für Böhmen; dort ver-
leiht es den Czechen dieselben Rechte, die es für die Deutschen
reklamiert. Dagegen werden die Czechen in Mähren, die dort die
Mehrheit der Bevölkerung sind, die Czechen und Polen in Schle-
sien, oder gar die Slovaken in Steiermark und Kärnten nur ganz
bagatelmäßig abgehört; von dem gleichen Rechte für sie mit den
Deutschen ist in dem Programm keine Rede.

Die politische Wirkung des Programms kann also, so weit
eine solche eintreten wird, keine andere sein als die Verdärkung
des ohnedies zum Erstarken verbitterten nationalen Streites. Die
Antworten der Slaven ertönen jede Hoffnung, daß etwa von diesem
Programm eine Wälderung der nationalen Kämpfe ausgehen könnte.
Im Gegenteil. Die Deutschen sind nunmehr auf dieses Programm
eingeschworen, und die Radikalen unter ihnen werden dafür sorgen,
daß zu Verhandlungen kein Raum sein wird, sondern die sinnlose
Obstruktion auch weiter die Parole bleiben muß. Und die Slaven
werden sicherlich nicht geneigt sein, ihr zahlenmäßiges Uebergewicht
aufzugeben, von ihrem errungenen Bestand etwas zu opfern,
um Oesterreich den nationalen Frieden zu verschaffen. Die Lage ist
also nach Veröffentlichung dieses mit so großer Sehnsucht erwarteten
Programms trostloser denn je.

Uebrigens sollen sich die Wolken über der Regierung thun auch
sonst sehr bedrohlich zusammen. Die ungarische Regierung will
in der Bankfrage nicht nachgeben und die Oesterreicher kann
nicht nachgeben. Die ungarischen Minister sind seit gestern in Wien,
und obwohl sie gestern den ganzen Tag verhandelt haben, ist es
zu keinem Ausgleich der Differenzen gekommen. Heute mittag trat
unter Vorsitz des Kaisers der große Kronrat zusammen, an
dem die Ministervorstände, die Finanzminister und die Handels-
minister beider Kabinette teilnahmen. Die Entscheidung hängt nun
von der Krone ab, denn daß in den eintander ganz scharf gegenüber-
stehenden Forderungen eine Ausgleichung erzielt werden könnte,
scheint fast ausgeschlossen.

Es ist zwar nicht gerade wahrscheinlich, daß sich der Kaiser schon
heute entscheidet, wenn er Recht geben wolle; aber nach alter
Tradition müßte es wohl die Oesterreicher sein, die die Zehne zu be-
zahlen haben werden. Die Regierung thun dürfte
also vor ihrem Falle stehen. Der Monarch befindet
sich eigentlich in einer eigentümlichen Lage; er hat nämlich sowohl die
Fischer Stipulationen mit der fortdauernden Klausel für das Zoll- und
Handelsbündnis ratifiziert, wie den Vereinbarungen
Szells mit der ungarischen Obstruktion zu-
gestimmt, wodurch diese Klausel zerrissen und
durch den fixen Endtermin des Bündnisses, der sogenannten Szellschen
Formel, ersetzt wurde. Es ist ziemlich sicher, daß der Monarch das
Wort, das er Herrn v. Szell gegeben, höher schätzen wird als das,
woran sich Graf Thun berufen kann. Graf Thun dürfte also sehr
bald ein abgethaner Mann sein.

Politische Ueberflut.

Berlin, den 25. Mai.

Die Durchbrechung der Flottenvorlage.

Die Organe der Großindustrie zeigen das eifrigste Be-
streben, daß die indirekten Steuergroßen der arbeitenden
Bevölkerung möglichst schnell den Weg zu den Geldschänken
der Industriebarone finden. Die Flottenvorlage, die der
Reichstag im Vorjahre bewilligt hat, bewirkt diesen Umsetzungs-
prozess nicht schnell genug — darum fort mit der Vorlage!
Die „Kölnische Ztg.“ empfiehlt den folgenden Weg als
den zweckmäßigsten, um bei äußerlicher Aufrechterhaltung der
Vorlage doch mehr Schiffe bauen zu können als bewilligt sind:
„Deutschland steht also noch immer mit seinen Flottenbauten
hinter Rußland und Nordamerika zurück... Aus dieser verhassten
Dauertätigkeit muß sich naturgemäß mit fortschreitender Indienst-
stellung der neugebauten Schiffe eine Machtverchiebung zur See
entwickeln, deren Tragweite sich schon heute in etwas überhäufigen
Licht, wenn man die Schiffszahlen nach den bisher gewohnten und
nach anderen möglichen Gruppierungen der Mächte zusammenstellt.
Indessen genügt es schon, festzustellen, daß Deutschland nicht
gleichen Schritt mit Staaten hält, die gleichfalls in erster Linie
kontinentalmächtig sind, und denen es in Bezug auf überseeische
Interessen weit voraus ist. Infolge dessen entstand der von uns
bereits erwähnte Gedanke, daß der Rahmen, den das Flotten-
gesetz dem Ausbau unserer Marine gegeben hat, gegen-
über dem raschen Anwachsen der fremden Flotten
bereits zu eng geworden sei. Wir haben schon be-
merkt, daß diesem Gedankengang nach Lage der Dinge so lange

keine praktische Folge gegeben werden kann, als sich nicht die Regierung an die Spitze der Bewegung stellt. Wohl aber ist zu erwägen, ob es nicht möglich ist, für die Verstärkung unserer Flotte das Mögliche zu thun, ohne den Rahmen des Flottengesetzes zu überschreiten. In der That läßt sich innerhalb dieses Rahmens in den nächsten Jahren mehr leisten, als es auf den ersten Blick scheinen möchte. Durch das Gesetz ist festgelegt, daß an Neubauten bis zum 1. April 1904 fertiggestellt sein müssen 7 Linienfahrzeuge, 2 große und 5 kleine Kreuzer. Ebenso ist gesetzlich festgelegt, daß, sobald Linienfahrzeuge 25, große Kreuzer 20 und kleine Kreuzer 15 Jahre alt geworden sind, der Ersatz dafür beschafft sein muß. In einer Verlängerung dieser Ersatzfrist bedarf es im Einzelfalle der Zustimmung des Bundesrates, zu einer Verkürzung derjenigen des Reichstages. Bis zum 1. April 1904 wären hiernach an Ersatzschiffen in Bau zu nehmen 4 Linienfahrzeuge (Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden), 3 große Kreuzer (König Wilhelm, Kaiser, Deutschland) und 12 kleine Kreuzer (Pieten, Witt, Pfeil, Arcana, Alexandrine, Greif, Schwalbe, Sperber, Wacht, Jagd, Irene, Prinzess Wilhelm). Nach dem Flottengesetz ist aber der Reichstag „nicht verpflichtet“, während der Jahre 1898 bis 1903 für Ersatzschiffe und Arminenaturen mehr als 356,7 Millionen Mark bereitzustellen. Von dieser Summe sind bisher 106,4 Millionen Mark in den Etats 1898 und 1899 angeworfen, der Rest von 250,3 Millionen Mark ist nach dem Gesetz innerhalb der Zeit bis zum Jahre 1903 bereitzustellen, ohne daß eine gesetzliche Vorschrift bestünde, in welchen jährlichen Raten dies zu geschehen habe. Es steht also nichts im Wege, diese 250,3 Millionen so frühzeitig auf den Etat zu bringen, daß nicht nur die Neubauten, sondern auch ein möglichst großer Teil der Ersatzschiffe bis zum 1. April 1904 vollendet sein können, also bereits in den nächsten zwei bis drei Jahren. Damit ließe sich schon eine recht erhebliche Beschleunigung des Flottenbaues erzielen. Allerdings reichen die 356,7 Millionen, die der Reichstag bis 1903 nicht zu überschreiten braucht, wenn er nicht will, keineswegs aus, um außer den gesetzlichen Neubauten auch alle Ersatzschiffe innerhalb der gesetzlichen Ersatzfrist in Bau zu nehmen. Indessen liegt zur Zeit noch kein Anlaß vor, die Frage zu prüfen, wie die Mittel, die hierzu erforderlich wären, beschafft werden könnten. . . . Was danach zu geschehen hat, diese Sorge kann man füglich den nächsten Jahren überlassen.

So soll auf pfiffigste Weise die Flottenvorlage umgangen werden. Das bis zum Jahre 1904 insgesamt bewilligte Geld soll so fort verbaut werden. Dazu bedarf es keiner neuen Flottenvorlage. Und wenn die 350 Millionen verbraucht sind, wird sich das Weitere schon finden. Freilich hat man noch mit dem Reichstag zu rechnen, der nicht nötig hat, gleich 250 Millionen im nächsten Etat zu bewilligen. Aber die „Nöln. Ztg.“ baut offenbar auf die Bereitwilligkeit des Marine-Centrums. Daß der Vorschlag der „Nöln. Ztg.“, trotz der Wahrung der äußeren Form, innerlich eine dreifache Durchbrechung der Vorlage bedeutet, bedarf keines Nachweises.

Das Volktrüben zu Lande und zu Wasser wird immer mehr eine bloße Industrie-Spekulation, die üppig blühen wird, so lange nicht ein direktes progressives Steuersystem die Arge mit der Aufbringung der Kosten belastet, die den Profit an diesen „nationalen“ Aufwendungen haben. Dies Ziel ist einstuftlich noch nicht zu erreichen. Dagegen sollte schon jetzt die Mehrheit des Reichstags darüber einig sein, daß es einen Verrat an den Volksrechten bedeutet, der Regierung für eine größere Anzahl von Jahren zu Gunsten sogenannter „Pläne“ freie Hand zu lassen. Die Regierung bindet sich an keinen Plan, nur der Reichstag ist gebunden. Kaum zugestanden, wird der „Plan“ wieder beseitigt. Die Bewilligung für eine Reihe von Jahren bedeutet nichts anderes, als daß unter der Fiktion der Verteilung auf längere Fristen die Forderung um ein Vielfaches kleiner erscheinen soll als sie wirklich ist. Für sechs Jahre zusammen 400 Millionen bewilligen heißt schließlich für je zwei Jahre diese Summe zur Verfügung stellen. Würde man ehrlicher Weise für jedes Jahr so ungeheure Summen fordern, so würde man sie nicht erhalten. Da hilft man sich damit, daß man sie für mehrere Jahre wünscht. Nach einem Jahr zeigt sich dem bereits, daß die für die lange Frist bewilligten Millionen eben nur — angesichts der veränderten Verhältnisse — eben nur für ein oder zwei Jahre ausreichen; „unter dem Druck der öffentlichen Meinung“ entschließt sich die Regierung, einen neuen „Flottenplan“ vorzulegen, wieder natürlich für mindestens sechs Jahre — und das Spiel setzt sich derart fort ins Unendliche, zum innigen Wohlgefallen aller Patrioten, die im Besitze von Industrieaktien sind.

Das Dreiklassen-Wahlrecht.

Die Kommunalwahl-Vorlage der preussischen Regierung beschäftigt die bürgerliche Presse lebhaft. Der Zeitpunkt des Erscheinens der Vorlage giebt zu der Annahme Anlaß, es handle sich für Herrn v. Miquel um die Zustimmung des Centrums zu der Kanalvorlage zu sichern. Denn wollte die Regierung ernstlich die Erledigung der Wahlvorlage noch in dieser Session des Landtags, so hätte sie dieselbe weit früher einbringen müssen, was ohne jede Schwierigkeit möglich war, da die Vorlage längst fertiggestellt war. Man hielt sie seit mehreren Monaten zurück wegen des Widerstandes, den die Nationalliberalen ankündigten, bringt sie jetzt, weil man das Centrum für die Kanalvorlage braucht und ihm durch diese Vorlage eine Gefälligkeit erwiesen wird. Möglicherweise aber hat der kluge Herr v. Miquel zu wenig sein wollen und das Centrum läßt sich nicht so leicht einfeilen. Die „Nöln. Volksztg.“ erklärt bereits, sie lege auf die bloße Einbringung der Wahlvorlage nicht den mindesten Wert, sie wolle erst das Gesetz wirklich in der Gesetzesammlung veröffentlicht sehen. Weiter sagt das Blatt: Wenn das Centrum im Stande ist, zu verhindern, daß über ein der Regierung besonders am Herzen liegendes Gesetz, z. B. die Kanalvorlage, vor Verabschiedung der Gemeindeverwaltungs-Reform entschieden werde, so sei es sein volles Recht, ja seine Pflicht, das zu thun. Dies ist deutlich genug, das Centrum will sich bei dem Lausgeschick nicht über's Ohr haufen lassen. Die Nationalliberalen andererseits sind in ihrer Beurteilung der Vorlage gespalten. Der Grimm der „Nöln. Ztg.“ gegen den einseitigen Parteigenossen Miquel ob dieses „Eis des Columbus“ wird von der „Nat.-Ztg.“ nicht geteilt. Dieses Blatt stellt sich vielmehr nicht unfreundlich zu der Vorlage.

So geben die bürgerlichen Organe bei der Behandlung dieser Angelegenheit fast ausschließlich in engherzigsten Betrachtungen darüber auf, ob sich ein einträgliches Lausgeschick mit der Regierung machen lasse und ob dabei die eine Partei etwas besser fahren werde als die andere. Sie sehen nichts davon, daß diese ganze Vorlage eine einzige ungeheuerliche Ungerechtigkeit gegen das preussische Volk bedeutet. Allerdings sagt wenigstens die „Kölnische Volkszeitung“: „Mit dem Dreiklassen-Wahlrecht wird nicht aufgehoben; im Gegenteil, die Absicht ist offenbar, es zu befestigen; darum wird eine kleine Verbesserung an

ihm vorgenommen.“ Ja, das Centrumsblatt will den Schein erwecken, als sei es sich der Pflicht einer Partei, die eine Volkspartei sein will, bewußt: „Wenn jemand Grund hat, mit der ‚Reform‘ unzufrieden zu sein, so ist es die Centrumpartei, und das Centrum müßte unseres Erachtens alles aufbieten, um ein besseres Gesetz zu Stande zu bringen.“ Das klingt recht schön, aber schon die weiteren Bestrebungen des Links-Centrums-Blattes führen weit ab von diesem principiellen Standpunkt auf die Bahn der zentrumsüblichen Kuhhandelerei. Geschwäge denn, daß die gesamte Partei des Centrums gewillt wäre, seine „ausschlaggebende Stellung“ bei dieser vortrefflichen Gelegenheit im Volksinteresse zu nützen.

Das schmächtige, das elendeste aller Wahlsysteme soll durch eine lächerliche Scheureform, die nichts bedeutet als eine Vermehrung der privilegierten Wähler, also eine Vermehrung des Unrechts, von neuem befestigt werden. Die Entrechtung der arbeitenden Massen soll gesichert, jede ernsthafte soziale Wohlfahrtspolitik in den Kommunen soll verhindert, die kulturwidrige Diktatur des Kapitalismus soll bereinigt werden.

Die politische Verwahrlosung ist bei uns so groß, daß das offiziöse Regierungsblatt, die „Verl. Korresp.“, noch in einem besonderen Artikel nachweist, es sei nicht zu befürchten, daß infolge dieser Vorlage die Socialdemokratie und die breiten Volksmassen die dritte Wählerklasse in stärkerer Nähe „gefährdet“ könnten, als es nach dem Zustande des Jahres 1891, vor der Steuerreform, möglich war. Mit triumphierendem Gynismus sagt die „V. R.“:

„Es ist nicht zu übersehen, daß auch jetzt noch das Gemeindegewahlrecht kein allgemeines ist, vielmehr breite Volksmassen (in der Regel alle Personen mit weniger als 500, zur Zeit 300 M. Einkommen) ganz ausschließt.“

Und den bürgerlichen Parteien fehlt jede Empfindung für das, was sie thun oder lassen, was sie unterlassen. Sie werden im preussischen Abgeordnetenhaus nicht einmal den Schein zu wahren suchen, als seien sie bemüht, ein besseres Wahlrecht für die Gemeindeverwaltungen zu schaffen. Das Wahlrecht, das nach der Größe der Kasse die politischen Rechte bemißt, spendet ihnen so reichlichen Gewinn, daß sich jedes Erimern an die sonst marktschreierisch zur Schau getragene Volksfreundlichkeit verflüchtigt.

„Russischer Weltfrieden.“

Neue Hausjuchungen und Verhaftungen aus Anlaß der Arbeiterbewegung werden aus verschiedenen Teilen Russlands gemeldet. In Wilna (Weißrussland) sind am 11. Mai 25 Hausjuchungen vorgenommen worden. Dabei fand die Polizei bei der Schneiderin Gordon viele socialdemokratische Schriften; die Frau wurde verhaftet. Die anderen, bei denen gehäusucht wurde, entließ man, aber stellte sie unter Polizei-Aufsicht. Am 12. Mai wurden in derselben Stadt neue Hausjuchungen, diesmal nicht bei jüdischen Arbeitern, sondern bei Christen vorgenommen, wobei ein Jurist namens Koslowich verhaftet wurde. In Witebsk ist vor kurzer Zeit ein Arbeiter, welcher Flugblätter in jüdischem Jargon verbreitete, festgenommen worden. In Rischikow (Schwarzenland) fanden in der Nacht vom 14. auf den 15. Mai zahlreiche Hausjuchungen statt. Verhaftet wurde der nach dieser Stadt verbannte Bassowitsch. In Ufa (Ostland) wurden vor kurzer Zeit zwei Arbeiter verhaftet. Im Moskauer Transportierergewerkschaft befinden sich zur Zeit die folgenden politischen Gefangenen: der Lehrer Werber — ein Geisteskranker, der Arbeiter Koslow — auch ein Geisteskranker; der Arzt Muridow ist an Rheumatismus erkrankt. Mitte April starb in diesem Gefängnis an der Schwindsucht der Arbeiter Paul Kurotschkin.

Deutsches Reich.

Ueber Herrn v. Frege's Veruf zur Erziehung

des Menschengeschlechtes schreibt man uns noch: Also gegen die Würdelosigkeiten der Berliner und Breslauer Festungen und den niedrigen Ton der öffentlichen Erörterungen will der, einem Leipziger Bankhause entsprungene Briefedle von Wilmanns nunmehr auch noch den Kampf aufnehmen! Woher lockt er nur, so gut er's verstand, gegen die „Geheimräte“, die „Jahresblätter“ auf den verbotenen Stätten des deutschen Gewerkschafts stehen werden als Beispiel der allein seligmachenden Theorie der Goldwährung — gegen die „grünen Jungen“, welche die Socialdemokratie bilden — und vor allem auch gegen die „Judenjungen“, welche alle Gebiete überfluten. Nun sollen weiterhin die „Preßjünglinge“ dem veredelnden Einflusse des schriftlichen Kommerzherrn — den zugehörigen Staat verschweiget Herr v. Frege regelmäßig — unterworfen werden. Es wächet der Mensch mit seinem bösen Antheil!

Dieses Unternehmen ist zweifellos überaus vielversprechend, wie schon die mitgetheilten Zielsetzungen des formvollendeten Vicepräsidenten beweisen. Sie liegen sich beträchtlich vermehren. So apostrophierte Herr v. Frege im März 1892 den deutschen Landwirtschaftsrat mit den wahrhaft „lokalen, objektiven“ Kernsätzen: „Wir wollen nicht, daß einige Berliner Judenjungen über das Wohl und Weh der deutschen Landwirtschaft zu entscheiden haben.“ 1895 war übrigens in demselben deutschen Landwirtschaftsrat Herr von Frege der Urheber des (später durch den Druck der Landwirte in der verächtlichen Petition wieder aufgenommenen) Vorschlages, auf zunächst sechs Monate ein Einfuhrverbot für alles fremde Getreide und Mehl zu erlassen, das heißt: die Handelsverträge strupplos zu brechen.

Den Gipfel des guten Tones und Geschmacks erklimmt der strebame sächsische Agrarier jedoch in seiner Reichstags-Entscheidung von 1893. In dieser lobt sich der blödsinnige Massenantiemitismus in geradezu widerwärtiger Weise aus: „Auf die Reumplätze, wo unsere jugendlichen Offiziere sich verjüngen mit Gefahr ihres Lebens, gehört diese Judengesellschaft nicht hin.“ Die „familtliche“ hants financo habe sich eine Art Rückversicherung bei der Socialdemokratie gesichert und so gegen Enttattung die Inantastbarkeit der Werte erreicht! Die ehrlieh erworbenen Christen gerstlichen sich gegenseitig „und die Juden und Judensöhne truppe von Nichts bis Belbel lockt und reißt sich die Hände dazu“. Und so weiter mit immer der gleichen Kammerherzogtrage. Diese Belege für den freigegebenen guten Ton in allen Lebenslagen liegen sich häufen. Man muß gesehen, Herr Alwardt kann das alles auch nicht schöner, und vielleicht associiert sich Herr v. Frege mit dem Rektor aller Deutschen, wenn er die geplante Bildungsschule für die „Preßjünglinge“ aufmacht, die einem so vorbildlichen ersten Vicepräsidenten des Reichstages „Ladestücke anhängen.“

Zu der Angelegenheit v. Frege erklärt der Abg. Dr. Haffe in der „National. Korresp.“: „In der socialdemokratischen Presse wird neuerdings behauptet, daß ich dasjenige liberale Mitglied des Reichstages sei, auf das Herr Dr. v. Frege in seinem bekannten, die Journalistentribüne betreffenden Briefe sich beruft. Diese Behauptung ist vollständig aus der Luft gegriffen, da ich mit dem Herrn Vicepräsidenten Dr. v. Frege über die fragliche Angelegenheit niemals ein Wort gewechselt habe. Der heilige Paasche aber schweigt noch immer.“

Vertagung des Reichstages. Ein parlamentarischer Berichterstatter will an „maßgebender offizieller Stelle“ erfahren haben, daß die Vertagung des Reichstags an zweitem und drittem Juni in Aussicht genommen worden sei.

Auch der Verband der Postunterbeamten will seinen Frieden mit Herrn v. Podbielski machen. Der „Vossischen Ztg.“ wird geschrieben:

Man ist geneigt, den bisherigen Verbandsvorsitzenden, der durch einige scharfe Schreiben an die Centralbehörde vor allem Anstoß erregt hat, fallen zu lassen. Außerdem soll formell beschloffen werden, daß die Wünsche und Beschwerden der Unterbeamten nicht mehr durch die Presse und den Reichstag wahrgenommen werden sollen. Mit diesen Beschlüssen erhofft man die Gunst der vorgelegten Behörde wieder erringen zu können.

Der Postunterbeamten-Verband verzichtet demnach auf jede selbstständige Vertretung der Interessen seiner Mitglieder. Der Vorsitzende wird „fallen“ gelassen, und man verzichtet darauf, die Interessen der Unterbeamten in der Presse und im Reichstag zu vertreten. Mit anderen Worten, der Verband verzichtet auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu Gunsten seiner Mitglieder. Man kann sagen, daß der Verband damit aufhört, irgend eine Macht zu bedeuten. Denn eine Organisation, die freiwillig auf die besten Mittel verzichtet, um ihre Interessen zu vertreten, und die sich lediglich auf das Wohlwollen der Vorgesetzten und Arbeitgeber verläßt, stult damit auf die Stufe eines gewöhnlichen Vergnügungsvereins herab, hört aber auf, eine ernst zu nehmende wirtschaftliche Organisation zu sein.

Fragehaft ist natürlich, ob die Organisation der Post-Unterbeamten beschließen wird, in der obigen Weise zu verfahren.

Dr. Drechner. Man schreibt uns: Bei der Eröffnungsfeier des Kongresses zur Bekämpfung der Tuberkulose wurde rühmend auf Dr. Drechner-Göberdorff hingewiesen, der die erste Lungentheilanstalt großen Stils eröffnete und schöne Erfolge damit erzielte. Heute, wo Dr. Drechner tot ist und auch sein einziger Sohn ihm schon im Tode folgt, kann es ruhig gesagt werden, daß Dr. Drechner ein stiller Anhänger unserer Partei war. Als in den ersten Jahren unter dem Socialistengesetz die materiellen Anforderungen für die vielen Hilfsbedürftigen sehr große, die Mittel aber kleine waren, hat Dr. Drechner, so oft er darum angegangen wurde, und das geschah nicht selten, sich mit namhaften Beiträgen beteiligt. Wie gab er unter 300, öfter 500 und 600 M. Auch hat er mehrfach unbemittelte Lungentranke Parteienoffen unter den günstigsten Bedingungen in seine Anstalt aufgenommen.

Gegen Göhre sucht sich nun Herr Raumann in einem längeren Artikel der „Nöln.“ zu rechtfertigen, deren Grundgedanke ist: Nicht ich Raumann habe mich geändert, sondern Göhre. Der wahre Sachverhalt liegt so: Raumann hat seine Anhänger für seine unfruchtlichen Pläne und Ansichten nicht zur Verfügung. Er selbst einschuldig seine fähliche Wohlpolitik in einem Falle damit, daß er seine der Unterstützung eines Socialdemokraten geneigte Auffassung nicht zur allgemeinen machen konnte. Auf eine Kraftprobe habe er es aber nicht ankommen lassen wollen. Das ist's, Raumann ist niemals im Stande, eine Kraftprobe in „seinem“ Verein zu wagen, darum muß er sich ewig biegen und beugen, und seine mangelnde, theoretische Begabung, seine aller klaren einseitlichen Gedankenbildung widerstrebende geistige Verfassung befähigt ihn ja ohnehin zu einem Opportunismus, der keinen „realpolitischen“ Todesstreich scheut. Herr Raumann mag sich in seiner Anschauungen treu geblieben sein, das hindert aber nicht, daß seine Thaten seinen Meinungen nicht treu geblieben sind. Er erklärt z. B. noch jetzt, daß die National-Socialen niemals für Kandidaten eintreten, die keine Sicherheit für die Aufrechterhaltung des Reichstags-Wahlrechts bieten. Herr Raumann hat vergessen, daß sein Verein in Leipzig den Alldutschen Hoffe, den intimen Parteigänger der Zerstörer des sächsischen Wahlrechts unterstützte. Er konnte vermuthlich sich wieder keine Kraftprobe leisten.

Die Generalversammlung der Evangelischen Arbeitervereine beschloß sich am Mittwoch mit der Zuchthausvorlage. Der Ausschuß legte folgenden Antrag vor: „Die Delegierten, Versammlung erklärt, daß sie zwar keine Terrorismus von Arbeitnehmern wie von Arbeitgebern entschieden verurteilt, daß sie aber die bestehende Bestimmung der Gewerbe-Ordnung, besonders in § 153, sowie des Straf-Gesetzbuches für vollständig genügend und bei gleichmäßiger Anwendung nach beiden Seiten angemeßener hält und in der Verschärfung derselben oder in einem eigens hierzu bestimmten neuen Gesetz eine bedeutliche Bedrohung der freiheitlichen Rechte der Arbeiter und eine Gefahr für unser Volkstheben erblickt.“ Gegen diesen Antrag wandte sich ganz besonders der nationalliberale Abgeordnete Franke: Die Cynhauser Rede sei vollständig mißverstanden worden. Der Kaiser habe wie kein zweiter Monarch ein sehr warmes Herz für die Arbeiter. Außerdem liege der angekündigte Gesetzentwurf noch nicht vor. Bibliograph Tischendorf's er: Er müsse bemerken, daß doch eine Vorlage zur Verhütung des Koalitionsrechts geplant sei, man würde es daher nicht verstehen, wenn die Generalversammlung der evangelischen Arbeitervereine nicht hiergegen Stellung nehmen wollte. Hofprediger a. D. Stöder: Er sei auch der Meinung, daß man dieser zahmen Erklärung ohne Bedenken zustimmen könne. Der Antrag gelangte danach mit großer Mehrheit zur Annahme.

Es ist charakteristisch, daß selbst ein Stöder das Verhalten dieser „Arbeitervereine“ gegenüber den Bedrohungen des Koalitionsrechts als ein zahmes bezeichnete. Und doch giebt es führende Personen in diesen Vereinen, wie den Reichstags-Abgeordneten Franke, die dieser zahmen Erklärung entgegengetreten, ja sogar ungescholten den Plänen auf weitere Verschärfung des Koalitionsrechts zustimmen und dennoch in ihrer Stellung verbleiben dürfen. Einige unbewiesene und unwarne Behauptungen, welche gegen socialdemokratische Orts-Krankenkassen-Verwaltungen vorgebracht wurden, dürfen wir unbedenklich übergehen. Schließlich wurden Resolutionen angenommen zur Förderung der kommunalen Socialpolitik und Wohnungsreform.

Die Generalversammlung hat die vollkommene Bedeutunglosigkeit dieser evangelischen Arbeitervereine von neuem erwiesen. Die zum Teil nicht völlig verstandenen Resolutionen sind um so geringer zu bewerten, als diese Vereine, sobald es im Ernst des politischen Lebens zur Entscheidung kommt, sich auf Seite solcher Parteien stellen, welche in wichtigsten Fragen den in jenen Resolutionen ausgedrückten Bestrebungen aufs feindlichste gegenüberstehen.

Das Organ des Centralverbandes der Industriellen, die „Verl. R. Z.“, schreibt:

„Eine bemerkenswerte Probe, wie die Socialdemokratie alles unter dem Gesichtspunkt der Förderung ihrer politischen Macht ansieht und anzunehmen sucht, und wie sie alle Bestrebungen zur Förderung der Wohlfahrt der Arbeiter zunächst ihren Parteizwecken dienstbar machen möchte, liefert der heutige „Vorwärts“. Sein Leitartikel über „Arbeits- und Verhütung der Tuberkulose“ kommt zu dem Schluß, es sei „doppelt angezeigt, daß der in der deutschen Reichshauptstadt tagende Kongress zur Bekämpfung der Tuberkulose als Volksanstalt laut und vernünftig seine Stimme erhebe und erkläre, daß ohne volle Koalitionsfreiheit die Prophylaxe der Tuberkulose scheitern müsse; in letzter Instanz sei auch die Tuberkulosefrage eine sociale Frage und bedeute sich der Kampf gegen die Schwindsucht mit dem Klassenkampf der Arbeiter.“ Dabei hat die Socialdemokratie bisher gegen alle Gesetze gestimmt, die zu Gunsten der Arbeiter erlassen sind, gegen die Versicherungsgeetze, gegen die Arbeiterentwurf-Gesetze, allerdings wird man in den Kreisen des ärztlichen Kongresses, dessen Bestrebungen der Dank der ganzen Menschheit gebührt, für die Zustimmung, daß eine so hochwichtige humanitäre Sache zu einer politischen Demonstration für die Socialdemokratie gemißbraucht werden soll, nur ein verächtliches Wädeln haben.“

Es genügt uns, diese „bemerkenswerte Probe“ der Gesinnung des Kapitalistenganges unseren Lesern zu unterbreiten. Einer Antwort bedarf es nicht.

Eine neue Kolonie. Von der Absicht, eine Insel im nördlichen Eismeer für Deutschland zu erwerben, war in ausländischen Blättern die Rede. Offiziell wird in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung diese Nachricht anscheinend bestätigt durch folgende Mitteilung:

„Seit längerer Zeit machen sich in den Kreisen der deutschen Hochseefischerei-Interessenten Bestrebungen geltend, das Interesse an der in früheren Jahrhunderten von Deutschland aus lebhaft betriebenen Fischerei im Nordmeer neu zu beleben. Einen geeigneten Platz, von wo aus der Fischfang ausgeübt und wo die Vorbereitung der Fangergebnisse für den Weiterverkauf vorgenommen werden könnte, glaubt man in der etwa halbwegs zwischen Norwegen und Spitzbergen gelegenen Vären-Insel gefunden zu haben. Um einen ersten Versuch zu machen und dabei die in Betracht kommenden Verhältnisse näher zu erkunden, ist von Seiten des Fischereivereins Ende vorigen Monats auf zwei Schiffen eine Expedition nach jener herrerothen Insel abgegangen. Zur wissenschaftlich-geologischen Erforschung der Insel sind einige Vergleiche mit an Bord genommen. Auf Vorstehendes reduzieren sich die Ziele der Expedition, über welche kürzlich von deutschen Blättern verschiedene, auch in der ausländischen Presse bemerkte, unrichtige Nachrichten gebracht wurden. Mit Spitzbergen hat die Expedition nichts zu thun.“

Die Väreninsel liegt ungefähr 225 Kilometer südlich vom Südpol Spitzbergs und umfaßt 68 Quadratkilometer.

Der evangelisch-soziale Kongress ist am Mittwochabend in Kiel eröffnet worden. Es sind zahlreiche Mitglieder erschienen, darunter von bekannten Persönlichkeiten Ad. Wagner, Kästner, Hamann, Delbrück, Fartter, Kammann etc.; das Marineamt hat den Marinepfarrer Rogge entsandt. Die Begrüßungsreden enthielten nichts Besonderes. Die eigentlichen Verhandlungen beginnen am Donnerstag.

Die Bewegung gegen den ambulanten Gerichtsstand der Presse macht unter nichtpreussischen Gerichten weitere Fortschritte. Aus München wird gemeldet:

Das hiesige Schöffengericht wies kürzlich die Klage eines Straubinger Lehrers gegen den früheren verantwortlichen Redacteur des „Münchener Anzeigers“ Muppel zurück, da der Gerichtsstand nicht in München, sondern in Nürnberg als Erscheinungsort des Anzeigers gegeben sei. Das Landgericht München I verwarf die Beschwerde des Klägers gegen dieses Urteil und befähigte letzteres rechtskräftig mit der Begründung, der Gerichtsstand eines Preßerzeugnisses sei an dem Ort gegeben, von welchem es zuerst verbreitet werde.

In Preußen hat bekanntlich das Kammergericht den fliegenden Gerichtsstand der Presse sanktioniert. Unter diesen Umständen wird man hier Urteile, wie das obige bayrische, nicht zu Gesicht bekommen.

Die verschunkte Ruine. Straßburg, 24. Mai. (Eig. Ber.) Wie an dieser Stelle bereits mitgeteilt, hat der Gemeinderat des oberbayerischen Städtchens Schlettstadt dem Kaiser anlässlich seines jüngsten Besuchs der Reichslände die Schloßruine Hohenzollernburg, eine der gewaltigsten und schönstegelegenen Burgen Deutschlands, zum Geschenk gemacht. Vor der Annahme des letzteren hatte der Kaiser die Bedingung gestellt, daß der Schenkungsbescheid im Gemeinderat einstimmig erfolge. Ein Mitglied des Rates, der Altbürgermeister Spies von Schlettstadt, einer der tüchtigsten Vertreter der liberalen Landpartei und frühere Abgeordnete des Reichstages, erklärte sich aus Gründen materieller Natur gegen den Schenkungsantrag. Im jedoch seinen Kollegen im Gemeinderat die Freunde an dem geplanten Guldigungsakt nicht zu vergällen, legte Herr Spies vor der entscheidenden Abstimmung seine Ratswürde in aller Form nieder, worauf das Kollegium dann mit der gewünschten Einstimmigkeit dem Reichsoberhaupt die schöne Burgruine als Geschenk präsentieren konnte.

Der Kampf gegen die Socialdemokratie.

Aus Ostpreußen schreibt man uns: Im Reichstage hat Graf Rindowström recht zuverlässig erklärt, auf Erfolge könne die Socialdemokratie in Ostpreußen nicht rechnen. Früher war er so zuverlässig nicht und sicher sind viele seiner Parteigenossen in dieser Beziehung anderer Ansicht. Graf Rindowström gehörte übrigens zu den Unterscheidern eines bald nach den Wahlen veröffentlichten Aufsatzes der konservativen Parteileitung Ostpreußens, in dem unter Hinweis auf das höchst bedenkliche Anwachsen der socialdemokratischen Stimmen zu eifriger Thätigkeit gegen die Socialdemokratie aufgefordert wurde. In allen Kreisen der Provinz sind in den letzten Monaten Vereine und Komitees gegründet, die den Zweck haben, eine Agitation gegen die Socialdemokratie zu entfalten. Vorläufig setzen diese Vereine anscheinend ziemlich reiche Mittel an Geld zur Verfügung. Es wäre recht wünschenswert, daß festgestellt würde, aus welchen Taschen die Gelder kommen. Unsere Agrarier sind doch bisher nur gewöhnt, sich die Taschen auf Kosten des übrigen Volkes zu füllen, nicht aber Geld zu geben. Ein Wellenfonds existiert doch nicht mehr?

In Königsberg wird ein für die Landarbeiter geschriebenes Blättchen „Der Volkstreu“ herausgegeben. In 30 000 Exemplaren wird dieses von Verschimpfungen der Socialdemokratie tropfende Blatt in der ganzen Provinz gratis verbreitet. Daneben werden die Flugblätter niedrigster Art aus dem Hülseisen Verlag massenhaft unter die Leute gebracht. Verbreiter sind in jedem Ort, auf jedem Gut vorhanden. Lehrer geben die Blätter den Kindern mit, ein Pastor verteilte sie in der Kirche im Konfirmandenunterricht, jedem Gutbesitzer geht Woche für Woche ein Paket Schriften zu, das er verteilen soll. Die Behörden und Beamten scheinen die Verharmlosung der Socialdemokratie als einen Teil ihrer amtlichen Thätigkeit zu betrachten. Wie man sich Agitatoren gegen unsere Partei beschafft, zeigt folgendes, vom 30. März ds. J. datierte Schreiben des Landrats in Memel an die Gutbesitzer.

Landrat
J. No. 1449/3.

Wie Ihnen bekannt ist, bemüht sich die socialdemokratische Agitation auf das lebhafteste, ihren verderblichen Lehren auch unter der Landbevölkerung Eingang zu verschaffen und verbreitet außerordentlich viel socialdemokratische Kalender und Wochenblätter unter den ländlichen Arbeitern.

Um den Bestrebungen der Socialdemokratie entgegen zu arbeiten, hat sich ein Komitee unter dem Unterzeichneten gebildet, an das sich eine Organisation in den Kirchspielen anschließen wird.

Als erste Maßnahme ist die Verbreitung guter Zeitungen in Aussicht genommen und werden Ihnen allwöchentlich aus Preußens eine Anzahl deutscher und litauischer Zeitungen zugehen, die das Komitee Sie dringend bittet, sofort unter Ihren Arbeitern zu verteilen, so daß dieselben zu den Osterfeiertagen und den Sonntagen im Besitz der Blätter sind.

Das Schreiben trägt seiner ganzen Form nach durchaus den Charakter einer amtlichen Verfügung, die der Landrat an die Gutbesitzer erläßt. Es ist klar, daß der dringenden Aufforderung zur Verteilung der Sammelblätter über unsere Partei in fast allen Fällen entsprochen wird. Haben die Landräte zu einer solchen amtlichen Agitation gegen unsere Partei Auftrag?

Socialdemokratische Demonstration zur Friedenskonferenz.

Plan schreibt uns aus Amsterdam: Zwei große internationale Versammlungen hatten unsere holländischen Genossen einberufen, um die Ansichten der Socialdemokratie über den Wert der Diplomatenkonferenz und den Weltfrieden zum Ausdruck zu bringen. Es war unseren Genossen nicht möglich gewesen, in Haag ein Lokal zu erhalten, deshalb fanden die Versammlungen am Montag in Amsterdam und am Dienstag in Rotterdam statt. In Amsterdam war der Hofsaal des Palais voor Volkslijst vollständig gefüllt, als um

8 Uhr der Gesangverein „Stem des Volks“ mit dem Socialistenmarsch die Demonstration einleitete.

Als erster Redner erhielt unser Genosse Kollendubur das Wort. Redner wies darauf hin, daß die Volkspartei des Jaren nicht geringes Aufsehen gemacht habe, da die Welt vor ein Mittel gestellt sei, dessen Lösung man nicht leicht finden könne. Jeder habe sich gefragt, handelt es sich hier um die humane Gestaltung eines jugendlichen Schwärmers oder um einen Streich der Diplomatie, welche sich der Sprache bedient, um die Gedanken zu verbergen. Um die wirklichen Gründe des Erlasses zu erforschen, haben sich Geschichtsforscher die Köpfe zu zerbrechen, das Proletariat habe sich nur die Frage vorzulegen, wie ist eine Basis für den dauernden Frieden zu schaffen? Sehr leicht erkennt man, daß selbst der mächtigste Fürst nicht die Macht besitzt, die Zustände willkürlich zu formen. Er ist nicht der Leiter der Geschichte, sondern ein fast willkürliches Werkzeug in der Hand der herrschenden Klassen. Diese haben aber ein Interesse an der Erhaltung der stehenden Heere, sowie an der Erhaltung des Zustandes, in welchem die Heere eine notwendige Einrichtung sind. Die Arme ist Konsument von Waffen, Kriegsschiffen usw. Die Arme ist Werkzeug zur Unterdrückung des revolutionären Proletariats und ein Werkzeug, die ausländischen Absatzgebiete zu erweitern. Die Arme ist ein so notwendiger Bestandteil unserer modernen Gesellschaft, daß man glauben möchte, die Gesellschaft wolle einen Selbstmord begehen. Da aber die Leiter der Gesellschaft nicht daran denken abzugeben, so kommt man immer mehr zu der Ueberzeugung, daß die Friedenskonferenzen der Diplomaten ohne praktischen Wert für die Kulturentwicklung sind.

Ein wirkliches Friedensmanifest ist fünfzig Jahre vor dem Jarenmanifest erschienen. Es war das kommunistische Manifest, welches die Proletarier aller Länder zur Vereinigung aufforderte. Die Arbeiter haben den Ruf gehört und in der ganzen Kulturwelt sind Millionen von Arbeitern daran, einen Zustand vorzubereiten, in welchem die Arme überflüssig und die Kriege als die größten Notheiten des Menschengeschlechts erlöst werden. Erst mit dem Siege des Socialismus kann an die Verwirklichung des Strebens edler Menschen gedacht werden.

In ähnlichem Sinne sprachen die Genossen Anseele aus Gent, Koudani aus Italien und Troelstra aus Haag.

Als eine Resolution im Sinne der Reden unserer Genossen zur Abstimmung gebracht werden sollte, versuchten einige Anhänger von Nieuwenhuis durch Lärm die Verhandlung zu stören. Nieuwenhuis vertritt bekanntlich die utopistische Ansicht, daß eine Vereinfachung der Kriege auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist. Er will dieses Ziel durch Agitation unter den Soldaten erreichen. Die Soldaten sollen ruhig den Dienst in Friedenszeiten thun. Aber wenn es einmal zum Kriege kommen sollte, dann sollen die Soldaten den Krieg durch einen Streik hindern. Nieuwenhuis hat trotz jahrzehntelanger Agitation wenig Gläubige gefunden. Als über die Resolution abgestimmt wurde, fanden sich unter den 5000 Anwesenden vier Leute, welche gegen dieselbe stimmten.

Ähnlich wie in Amsterdam verlief die in Rotterdam abgehaltene Versammlung, nur daß hier acht Anhänger von Nieuwenhuis gegen die Resolution stimmten.

Die Samoa-Kommission ist am 13. d. Mts. in Apia eingetroffen. Der Bausenstand beider Eingeborenenparteien war bei der Ankunft nicht gestört. Mit beiden Parteien werden Schreiben wegen endgültiger Auflösung der Streitkräfte gewechselt.

Am 17. d. Mts. wird aus Apia gemeldet: Die Samoa-Kommission hielt gestern ihre erste Sitzung ab. Mataafa sandte an die Kommission ein Schreiben, in dem er sie willkommen hieß.

Ausland.

Frankreich.

Path du Clam wird wohl auch der großen Reinigung des Augustalles zum Opfer fallen. Der „Figaro“ veröffentlicht die Disziplinaruntersuchung, welche der General Renouard gegen den Obersten Path du Clam geführt hat. Die Untersuchung bestätigt die ungünstigen Ergebnisse gegen Path, welche infolge der Untersuchungen des Kassationshofes bereits bekannt geworden sind.

Belgien.

Zur Frage der Wahlreform. Die gesamte Linke (Socialisten, Radikale und Liberale) hat dieser Tage in Brüssel eine Sitzung abgehalten und beschlossen: Sobald das Projekt der Kammer unterbreitet sein wird, werden die Redner der Opposition den reaktionären Charakter des Entwurfs vor dem Laube darlegen und Verzagung beantragen. Bei der voranstehenden Ablehnung dieses Entwerfs wollen die Abgeordneten der Linken in Obstruktion treten und sich in keinerlei Weise mehr an der Mitarbeit an diesem Gesetzentwurf beteiligen.

Italien.

Nur zum Zwecke von Handelsinteressen hat die Regierung, wie sie demnach in der Kammer erklären will, die Samunbat befreit. — Um andere, als Handelsinteressen hat es sich auch sonst fast nie in der Kolonialgeschichte anderer Mächte gehandelt, wenn auch häufig ein religiöser oder sonstiger Zweck vorgeschoben wurde. Aber, daß nur Handelsinteressen in Frage stehen, verhindert nicht, daß unter Umständen die blutigsten Verwidelungen daraus entstehen, denn die Handelsinteressen müssen ja auch „geschützt“ werden.

In der Deputiertenkammer sind in der Sitzung vom 25. d. M. Saal und Tribünen voll besetzt. Vizepräsident Palberri verliest den Brief Zanardelli's, in welchem dieser erklärt, angezweifelt der infolge der neuesten Kritik eingetretene veränderten politischen Lage lege er das Amt des Kammerpräsidenten nieder. — Ministerpräsident Pellouze teilt sodann die Konstituierung des neuen Kabinetts mit und zählt die der Kammer zugegangenen Gesetzentwürfe auf. Er betont die Notwendigkeit einer schnelleren Beratung des Budgets und vertritt die Notwendigkeit und Eile der politischen Maßnahmen; er bittet, daß diese vor allen anderen Vorschlägen beraten werden möchten. (Marsch auf der äußersten Linken.) Der Ministerpräsident fährt sodann fort, in der sinesischen Frage beschränke sich das Ministerium darauf, die Verhandlungen, die infolge der Demission des vorigen Kabinetts trübten, wieder aufzunehmen, damit eine befriedigende Lösung gefördert werde, die weder in finanzieller noch in militärischer Hinsicht die Verantwortlichkeit des Landes in Anspruch nehme, da die Ziele der italienischen Regierung lediglich kommerzieller Natur seien. Der Ministerpräsident fügt jedoch hinzu, daß, wenn das Ministerium auch nicht gewillt sei, die der vollziehenden Gewalt zustehenden Vorrechte antasten zu lassen, es andererseits auch den Rechten der Kammer die ihnen gebührende Achtung entgegenbringe. Die Kammer würde daher auch, wenn sie die Angelegenheit einer Prüfung unterwerfen wollte, zu der Ueberzeugung gelangen, daß ihre Aktionsfreiheit keineswegs durch ein solches Kompliment oder bestimmte Abmachungen beeinträchtigt worden sei. (Jufufe.) Der Ministerpräsident bittet schließlich die Kammer, diese Angelegenheit für den Augenblick nicht zur Sprache zu bringen, und verlangt infolge dessen die Vertagung aller Interpellationen über die auswärtige Politik und den sofortigen Eintritt in die Beratung in zweiter Lesung über die politischen Maßnahmen. Die Kammer beschließt sodann einstimmig, die Demission des Präsidenten Zanardelli nicht anzunehmen. Hierauf begibt sich Ministerpräsident Pellouze nach dem Senat, um diesem die Reorganisation des Ministeriums mitzuteilen, während die Kammer die Sitzung unterbricht.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird beschlossen, am 30. Mai die Renoual des Präsidenten vorzunehmen.

Spanien.

Madrid, 25. Mai. In Zaragoza brachen wegen Steuerangelegenheiten Unruhen aus. Die Petroli-Händchen wurden in Brand gesteckt. Die Ordnung ist jedoch wiederhergestellt.

Kreta.

Der massenhafte Auswanderung der Muselmänner sucht der Prinz Georg Einhalt zu thun. In einer Proklamation fordert

er die Christen auf, durch freundliches Entgegenkommen die Muselmänner zum Weichen zu veranlassen. Der englische Gouverneur in Naudia erließ eine ähnliche Aunbgebung.

Asien.

In China nimmt das Eisenbahnwesen einen raschen Aufschwung. Aus Peking wird vom 24. Mai gemeldet: Durch ein kaiserlich chinesisches Edikt ist dem zwischen den Vertretern des deutsch-englischen Syndikats und den chinesischen Direktoren vereinbarten Vertrag über Errichtung und Betrieb der Eisenbahn von Tientsin nach Tschintiang die kaiserliche Bestätigung erteilt worden. Das Edikt wurde der deutschen Regierung amtlich notifiziert.

Amerika.

Zur Weltmachtspolitik Nordamerikas verbreitet die „Internationale Korrespondenz“ noch die folgenden Mitteilungen aus New York:

Die Denkschrift des MarineSekretärs Long betreffend die Errichtung eines großen Kriegshafens auf der Samoa-Insel Pago-Pago stützt sich auf den Plan, innerhalb des Stillen Ozeans ein System von Flottenstationen zu errichten, welches die Vereinigten Staaten zur stärksten Macht in diesen Gewässern erheben würde. Auf den Philippinen ist zu diesem Zwecke Cavite in Aussicht genommen, da Manila als Handelsstadt ein offener Platz bleiben soll. Weiter östlich würde sich daran Pago-Pago anschließen; sodann nach Norden hin Fort Harbor auf den Hawaii-Inseln und weiter nach dem amerikanischen Festlande hin eine kleine Insel nahe der mexikanischen Küste, etwa Guam. Diese vier Kriegshäfen, welche im größten Umfange mit Kohlenvorräten, Schiffbau-Ausbesserungsanstalten und schwersten Belagerungsgeschützen ausgestattet werden sollen, würden den Vereinigten Staaten eine selbst der britischen Macht überlegene Stellung in der Südsee verschaffen; und gerade deshalb erscheint es fraglich, ob England auf den Plan einer Zellung der Samoa-Inseln eingehen wird.

Parlamentarisches.

Nachtragetat. Der dem Abgeordnetenhause zugegangene Nachtragetat in Höhe von ca. 400 000 M. stellt u. a. die Mittel ein für die Kliniten an den Universitäten in Kiel, Greifswald usw., ferner das Gehalt für den neu anzustellenden Direktor im Finanzministerium. Endlich enthält er auch die Position für den schon erwähnten Ausbau der Saalburg. Geplant wird die Wiederherstellung des alten Prätoriums und zwar auf denselben Mauern, nach denselben Abmessungen und in derselben Gestalt, wie der ursprüngliche Bau sie aufwies. Die so wiederhergestellte Burg soll hinfür als Museum benutzt werden und zur Aufnahme der Sammlungen aus Homburg sowie der bei den Rimes-Ausgrabungen gehobenen Altertumschätze dienen.

Partei-Nachrichten.

Die Socialdemokratie im Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Unter diesem Titel ist bei Görlke in Charlottenburg eine Broschüre erschienen, die, bearbeitet von Genossen Paul Dirsch, eine sehr gründliche Statistik der Ergebnisse der Reichstagswahlen in dem Wahlkreis enthält. Außer einer einleitenden Gesamtabstufung über die Wahlen des Kreises seit 1871, giebt sie eine detaillierte Aufstellung der Wahlergebnisse in den einzelnen Wahlbezirken des Kreises für 1890, 1898 und 1908. Als Anhang ist noch eine kurze Darstellung der Verhältnisse der Bevölkerung und der Agitationsbedingungen in einzelnen Bezirken gegeben. Die Arbeit ist für die in dem betreffenden Kreise thätigen Agitatoren und Organisatoren der Partei von hervorragendem Werte. Mit ihrer Hilfe ist zu erkennen, wo unsere Arbeit Erfolg haben kann und wo die Arbeit planmäßig anzusetzen hat, um alles, was für uns zu gewinnen ist, ohne unnütze Zeit- und Kraftvergeudung zu erobert. Eine solche Arbeit ebnet erst die Wege für eine planmäßige Kleinarbeit, auf die wir in Kreisen, die durch allgemeine Agitation genügend vorbereitet sind, den größeren Wert legen. Sie sei anderen, über genügende Kräfte verfügenden Kreisen zur Nachahmung empfohlen.

Totenliste der Partei. Zwei brave Parteigenossen sind in den letzten Tagen in Dresden gestorben: Es sind die Genossen Paul Richard Bedner und Karl August Beyold. Genosse Bedner war unserm Socialistengesetz in aufopfernder Weise thätig; unter großen Gefahren wurde der „Socialdemokrat“ nach Deutschland heringebredet und alle, die daran beteiligt waren, riskierten beständig schwere Gefängnisstrafen. Genosse Bedner nahm es auf sich, als Dedadresse zu dienen und so die Verbreitung unserer damals so stark verpönten Parteizeitung zu ermöglichen. — Genosse Beyold war schon in den siebziger Jahren an unserem Dresdener Parteiblatt als verantwortlicher Redacteur thätig. Er hat all die Kämpfe des Blattes in der ersten Zeit des Socialistengesetzes durchgemacht und sowohl die „Volkzeitung“ als die „Abendzeitung“ und auch die „Presse“ hat er verantwortlich gezeichnet und sich verschiedene längere Gefängnisstrafen — so einmal 1 1/2 Jahre — geholt. Die Genossen werden den Verstorbenen ein treues Andenken bewahren.

Aus Meiningen. Am ersten Pfingsttage fand in Saalfeld der diesjährige Parteitag des II. Meiningischen Wahlkreises statt. Vertreter waren 15 Orte durch 26 Delegierte. Nach den Berichten der Vertrauensleute hat in einigen Orten die Parteithätigkeit gestillt unter der Gewerkschaftsbewegung; dies ist unter anderem der Fall in Steinach und Pölnitz. — Der Stand der Parteipresse hat sich wesentlich gebessert; während früher trotz hohen Parteizuschusses am Schlusse des Jahres noch mit Defizit gerechnet werden mußte, schloß das vergangene Jahr mit einem Ueberschusse von 180 M. ab und konnte demnach die Verringerung des Parteizuschusses beantragt werden. Um die Verluste noch weiter zu verhindern, nahm der Parteitag einen Antrag an, daß in Orten, wo Organisationen bestehen, und die zur Zeit thätigen Hilfsverwalter ihre Schuldigkeit nicht im vollen Maße thun, der Betrieb des Parteiblattes von den Organisationen in die Hand zu nehmen ist. — Der Inhaftiertenfonds hat eine Einnahme von 959,25 M. und eine Ausgabe von 642,01 M. — Als Delegierter zum Parteitage in Hannover wurde Hofmann-Saalfeld gewählt. — Hierauf hielt Genosse Hofmann einen einstündigen Vortrag über das Thema: „Welches Interesse haben die Arbeiter an der Gemeindeverwaltung?“, der unsere Stellung zur heutigen Gemeinde und deren Verwaltung unter dem neuen Meiningenschen Gemeinde-Minialwahlrecht präcisirte. — Nachdem noch Lebensdenkmal als Ort des nächsten Parteitages bestimmt war, wurde der Parteitag mit dem üblichen Hoch geschlossen.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

Rebenanerkennung zweier Urteile eine Verleumdung. In der „Frankf. Volksstimme“ wurden zwei Urteile aus einer Sitzung des Schöffengerichts zu Esleben in kurzem Auszuge wiedergegeben. In der einen Sache war ein Gutbesitzer wegen schwerer Mißhandlung dreier Frauen, die er beim Kartoffeldiebstahl ertappte, zu einer Geldstrafe, und in der anderen ein Richter, der eine Frau in einem Streite schwer geschlagen hatte, zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Zusammenstellung war mit der Bemerkung begleitet: „Das sind zwei Urteile eines und desselben Gerichts“. Die Strafkammer, vor die der verantwortliche Redacteur, Genosse Quard, deshalb verwiesen wurde, erklärte, die Zusammenstellung enthalte an sich eine Verleumdung; es sei jedoch nur eine unbenutzte Verleumdung und deshalb der Angeklagte freizusprechen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Agitationskommission der Händler und Händlerinnen giebt bekannt, daß sich der bisherige Vertrauensmann Karl Plewe als unzuverlässig in der Ausübung der ihm obliegenden Ver-

Pflichtungen erwiesen hat. Wir erlauben deshalb unsere Kollegen und Kolleginnen, jede Verbindung mit demselben abzubrechen.

J. A.: Müller, Weinstr. 23.

Achtung, Steinischer! Ein Privattelegramm teilt uns mit, daß der Streik bei den im Verfallungsbericht der Steiniger (vergl. heutige Nummer) erwähnten Firmen bereits zum Ausdruck gekommen ist.

Eine Streikfessel soll nach der Meldung eines hiesigen Berichterstatters künftig bei Vergabung fiskalischer Arbeiten auf Verfügung des Ministers v. d. Rede in die Verträge mit den Unternehmern aufgenommen werden. Diese Bestimmung lautet:

„Arbeitsausstände gelten nicht als höhere Gewalt und begründen kein Anrecht auf Fristverlängerung oder Preiserhöhung. Anträge auf Fristverlängerung können nur in ganz ausnahmatischen Fällen in Berücksichtigung gezogen werden und unterliegen der Genehmigung der oberen Behörde, haben aber von vornherein keine Aussicht auf Erfolg, wenn nicht vom Unternehmer glaubwürdig nachgewiesen wird, daß der Gewerkschaftliche Verein der Maurer Berlins“ außer Stande war, dem Unternehmer Hilfe zu leisten. Mehrvergütungen werden infolge auch bei Zuanpruchnahme des genannten Vereins nicht gewährt.“

Der gewerkschaftliche Verein der Maurer ist jene schon rühmlichst bekannte Streikbrecher-Organisation, die hier die Ehre ministerieller Anerkennung genießt. Also doch eine „Arbeiterorganisation“, die sich staatlicher Sanktion erfreut. Mehr kann man von Herrn v. d. Rede nicht verlangen, besonders, wenn man sich die außerordentliche Organisation näher ansieht. Aber dieser socialpolitische „Fortschritt“ des Polizeiministers wird von den Unternehmern höchst unangenehm bemerkt und obwohl anerkennend die gute Förderung, die ihrer Sache Herr v. d. Rede angedeihen ließ, wollen sie nun doch gegen ihn demonstrieren.

Hoffentlich regt die bessere Einsicht noch nachträglich bei Herrn v. d. Rede.

Die Stellenvermittlungskommission der Konditorgehilfen Berlins, welche im Februar d. J. in einer öffentlichen Berufungsverammlung gewählt worden ist, um Mittel und Wege zu beraten, wie dem jetzt herrschenden Systeme der Stellenvermittlung durch Agenten, deren etwa drei Duzend in Berlin bestehen und die für Vermittlung einer Arbeitsstelle 3-20 Mark und darüber sich von den Gehilfen bezahlen lassen, ein Ende zu machen sei, ist nach eingehender Beratung zu dem einstimmig gefassten Beschlusse gekommen, die Errichtung eines in den Händen der gesamten Gehilfenschaft liegenden Arbeitsnachweises in Form eines Bureaus mit festangestellten Beamten den Berliner Kollegen vorzuschlagen und beruft zur Besprechung dieser Angelegenheit zum 1. Juni d. J. eine öffentliche Versammlung der Konditorgehilfen Berlins nach der „Berliner Ressource“, Kommandantenstr. 57, zu welcher alle Prinzipale gleichfalls eingeladen sind.

Der „Verein der Schweine-Engros-Schlächtermeister“ gegen den Verein „Arbeiterhaus“. Im Auftrage des Kuratoriums des Vieh- und Schlachthofes hatte Direktor Hausburg dem erstgenannten Verein ein Schreiben des Vereins „Arbeiterhaus“, Sektion der Schlächter, mit dem Ersuchen übermittelt, der Verein möge sich zu den darin ausgesprochenen Wünschen äußern, welche erkens das Schlachten auf dem städtischen Schlachthof an Sonntagen gänzlich untersagt wissen wollen, und zweitens die genaue Befolgung des § 1 der Schlachthof-Ordnung verlangen, nach welcher ein Schlachten vor 4 bzw. 5 Uhr morgens und nach 10 Uhr abends verboten ist. Der Verein der Schweine-Engros-Schlächtermeister hat daraufhin folgende Erklärung abgegeben:

ad I. Das Schlachten an Sonntagen in dem bisherigen Umfang kann aus geschäftlichen und klimatischen Gründen nicht eingeschränkt oder gar eingestellt werden, weil bei großer Hitze (und dem Fehlen der nötigen Kühlräume) das Fleisch dem Verderben ausgesetzt wäre. Eine völlige Sonntagsruhe könnte nur dann Ploy greifen, wenn die Viehmarkttag verlegt würden, etwa vom Sonnabend auf den Montag.

ad II. Das Schlachten der Schweine beginnt in allen Fällen erst nach 5 Uhr morgens und endet lange vor 10 Uhr abends, hält sich also überall in den Grenzen der Schlachthof-Ordnung. Dampf giebt es nicht vor 5 Uhr und über 7 Uhr hinaus; die sich dann noch anschließende Arbeit der Gesellen ist in der Regel schon um 8 Uhr beendet.

Im übrigen fühlen wir uns zu der Erklärung veranlaßt, daß wir gegebenenfalls direkt mit den auf dem Schlachthof tätigen Engros-Schlächtergesellen zu verhandeln bereit sind, welche Wünsche in dieser Beziehung bisher nicht geäußert haben. Unsere Mitglieder legen dem Geschäft fern stehenden Vereinigungen keine Bedeutung bei, weil diesen das nötige Verständnis mangelt und ihre Einmischung und Agitation auf Störung des bestehenden guten Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen abzielt.

Der katholische Arbeiterverein hat damit bei seinem ersten Versuch, gegen die Mißstände im Schlächtergewerbe aufzutreten, eine Antwort erhalten, die ihm nur harmlos sollte, daß bei den Engros-Schlächtern mit hiesigen Anträgen nichts anzusetzen ist. Ob die Organisation diese Lehre daraus ziehen wird, ist sehr zu bezweifeln und ist somit den Schlächtergesellen nur anzuraten, sich dem Verein der Schlächtergesellen Berlins anzuschließen. Eine Aenderung der Zustände im Schlächtergewerbe kann den Meistern nur durch die Macht der Organisation abgetrotzt werden. Deshalb heißt es: Zusammenfluß in der Organisation!

Deutsches Reich.

Das Koalitionsrecht. Daß sich Polizei und Geisteslicht bemühen, der Arbeiterbewegung manches Hindernis in den Weg zu stellen, ist bekannt. Besonders in ensingeneren Orten steht diese Aufmerksamkeit gegen Arbeiterorganisationen „in schönster Blüte“. Wie man gegen die Arbeiter vorgeht, lehrt uns ein Brief, der auf einer Konferenz der Formner in Rheinland und Westfalen verlesen wurde. Der Inhalt besagte folgendes: Als wir die Zahlstelle des Centralvereins anmeldeten, verlangte die Behörde die Statuten und 1,50 M. Stempelgebühren. In der Hoffnung, dann Ruhe zu bekommen, gab man der Forderung statt. Als nun die Verammlungen angemeldet wurden, verlangte man eine Abschrift der Statuten mit der Unterschrift der Ortsverwaltung versehen. Auch sollte jede Versammlung besonders bei dem Furchigen angemeldet werden und dieser als Hülfspolizist zur Überwachung der Verhandlungen geladen werden. Nachdem dieser Akt vorüber, gesellte sich auch noch der Gottesreiter des Ortes zu den Verfolgern der Koalitionsfreiheit. Die junge Zahlstelle hatte trotz der Belästigungen seitens der Polizeiverwaltung ein Lokal zur Abhaltung ihrer Verammlungen gefunden. Ob der Teufel dabei die Hand im Spiele gehabt hat, wer weiß es, genug, es war dasselbe Lokal, in dem auch der Kaiserliche Spar- und Darlehens-Verein unter Führung des Ortsparfers A. D. S. t. e. r tagte. Der fromme Mann erklärte nun, in dem Lokale, wo die Formner tagen, ist unseres Weibens nicht (H) — auch werde ich die ganze Gemeinde auf das Lokal aufmerksam machen. (H) — Der Ort, wo sich diese vaterlandstretterischen Thaten abgespielt, ist Sürth a. Rhein.

Die Aussperrung der Niemandreher in Darmen, die von den Fabrikanten zum 27. Mai angekündigt war, soll nicht in Kraft treten. Die Fabrikanten haben in ihrer letzten Sitzung beschlossen, von dieser Vereinbarung zurückzutreten.

Schwarze Listen. Die Firma Jung in Mehdrt versendet folgendes Cirkular, das die „Niederheinische Volkstrübene“ bekannt gibt:

„Hierdurch erlaube ich mir, Ihnen die vertrauliche Mitteilung zu machen, daß die bei mir als Weber beschäftigten Arbeiter: (folgen die Namen)

in den nächsten Tagen zur Entlassung kommen werden, weil dieselben sich bei mir von Anfang an als die Unruhigsten und Anführer der Arbeiterbewegung in meinem Betriebe erwiesen haben und auch heute noch auf ihre Mitarbeiter einen ungünstigen Einfluß ausüben und trotz guten Verdienstes andere Arbeitssuchende ohne Grund zu meinem Schaden zurückhalten sich bemühen.

Ich möchte daher nicht verfehlen, jeden, der sich nicht der Gefahr einer gleichen Erfahrung mit den Genannten aussetzen will, vor der Annahme derselben im eigenen Interesse, wie in dem der Arbeiter nachdrücklich zu warnen, da es heute mehr denn je an der Zeit ist, sich vor solchen Leuten zu schützen, und es am besten ist, dieselben überhaupt von der Arbeit auszuschließen.

Hochachtungsvoll Richard Jung.“

Eine sehr humane Auffassung, die Herr Jung vertritt, die Hungerpeinliche für diejenigen, die nicht gehorchen und demütig das Joch der Ausbeutung tragen. Merks Euch, Ihr Textilarbeiter, und schließt Euch in der Organisation gegen die Widersacher Eurer gerechten Bestrebungen zusammen, brüdt die Bevormundung und Drangsalierung Eurer Arbeitskollegen durch die Macht der Organisation.

Die Barbier- und Friseurgehilfen in Radeberg sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern 6 M. Minimallohn pro Woche bei freier Station und jeden Dienstag von nachmittags 2 Uhr an freie Zeit zum Ausgehen. Wenn die Meister nicht bewilligen, wollen die Gehilfen die Arbeit kündigen.

Das Gewerkschaftskartell für Breslau und Umgegend hat jüngst einen gedruckten Jahresbericht herausgegeben (Verlag von Emil Reutrich, Breslau, Friedrichstr. 75). Wir entnehmen ihm folgendes: Das Breslauer Gewerkschaftskartell besteht seit 1891, es umfaßt jetzt 44 Berufe und Berufsgruppen, die Zahl der Delegierten beträgt 68, im letzten Jahre hat das Kartell 104 öffentliche Gewerkschaftsversammlungen veranstaltet. Bei den Gewerkschaftswahlen ist die Liste der vom Kartell aufgestellten Arbeiterkandidaten glatt durchgegangen, obgleich sich von etwa 15 000 wahlberechtigten Arbeitern nur 2084 an den Wahlen beteiligten. In der letzten Zeit ist ein Verein der Arbeiterbestyr gegründet worden; ein Erfolg dieses Vereins ist es, daß die den Gewerbegerichtsbeisitzern zustehende Entschädigung auf 4 M. pro Sitzung festgesetzt worden ist. Den größten Raum des Berichtes nimmt die Darstellung der Lohnbewegungen des Jahres 1898 ein. Der bedeutendste Streik war der Maurerstreik, an dem sich ungefähr 1500 Arbeiter beteiligten und der trotz bedeutender Opfer (43 000 M.) nach zwöschentlicher Dauer verloren ging. Auch in den übrigen Berufen waren die Erfolge verhältnismäßig gering. Die Anerkennung des Buchdruckertarifs geht auch in Breslau vorwärts, aber auch die Einführung der Segmaschine, die bereits Buchdrucker arbeitslos gemacht hat.

Die dem Bericht angefügte Statistik ergibt, daß in Breslau in 37 Gewerkschaften ca. 8000 Arbeiter organisiert sind, das sind von den in Betracht kommenden 60 000 Arbeitern und Arbeiterinnen 10 Proz. Im übrigen beträgt die Zahl der Organisierten in 8 Berufsgruppen 50 und über 50 Proz. (Buchdrucker: 66,5 Proz.; Cigarrenfortierer: 60,8 Proz.; Kupferarbeiten: 71,7 Proz.; Schiffszimmerer: 66,7 Proz.; Töpfer: 68,3 Proz.; Zimmerer: 60 Proz.; Maurer: 67,7 Proz.; Stuccateure: 50 Proz.), in 12 Berufen 25-50 Proz. und in 8 Berufen unter 10 Proz. (Buchbinder, Gold- und Silberarbeiter, Handels- und Hilfsarbeiter, Klempner, Müller, Sattler und Tapezierer, Schuhmacher, Schneider). Im Berichtsjahre hat in Breslau die Zahl der Organisierten um etwa 1000 zugenommen. Einnahmen und Ausgaben beliefen sich auf je ca. 2750 M.

In Ludwigshafen befinden sich 339 Maurer im Auslande. 44 Mann arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen.

Ausland.

Der Kongreß der ungarischen Gewerkschaften tagte während der Pfingstfeiertage in Budapest mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Exekutiv-Komitees. 2. a) Form der gewerkschaftlichen Organisation; b) Arbeitslosen, Reise-Unterstützungs- und Herbergswesen. 3. Organisation des Gewerkschaftsrates, eventuell Arbeiterssekretariats und Wahl des Komitees. 4. Arbeiterschutz-Gesetzgebung. 5. Die Fachpresse. 6. Arbeitsvermittlung. 7. Streikwesen und Vereinigungsfreiheit. 8. Anträge.

Betreten waren auf demselben 23 Fachvereine aus der Provinz mit 35 Delegierten, 39 Fachvereine mit 66 Delegierten aus der Hauptstadt.

Die Verhandlungen waren recht sachlich und würdevoll, der Sache, der es gollten, entsprechend. Auch in Ungarn macht sich das Bedürfnis nach gewerkschaftlicher Organisation immer mehr geltend, nachdem die Industrie einer höheren Entwicklung zuehret. Obwohl die Lage der Arbeiter im allgemeinen in Ungarn eine viel schlechtere ist als in den westlichen Staaten Europas, so tritt dies erst recht klar zu Tage, wo größere Massen entweder bei einzelnen Industrien oder in Industriezentren unter das drückende Joch des Kapitalismus gebeugt werden.

Aus dem Berichte, welchen das Exekutivkomitee beim ersten Punkt der Tagesordnung erstattete, sind grauenhafte Daten über Lohn- und Arbeitsverhältnisse als über die Länge der Arbeitszeit in einzelnen Branchen zu Tage gefördert worden. Weiter ist aus demselben zu entnehmen, daß 19 000 industrielle Arbeiter in Gewerkschaften organisiert sind, währenddem 35 000 ländliche Arbeiter teils in öffentlichen Vereinen, und da, wo ihnen diese Möglichkeit genommen, in geheimen Organisationen sich zwecks Erlangung besserer Lohnverhältnisse zusammenschließen.

Von den Beschlüssen ist beizubehalten die Verpflichtung zur regelmäßigen Organisation der Arbeitslosen- und Reise-Unterstützung. Sodann wurde ein Komitee, bestehend aus 11 Personen, gewählt, dem folgende Aufgaben zufallen:

1. Die Beschlüsse des Kongresses durchzuführen resp. deren Durchführung zu unterstützen. 2. Dafür Sorge zu tragen, daß unter den Fachvereinen die Gegenseitigkeit gepflegt und besonders die in Bezug der Reiseüberprüfung sich ergebenden Fragen einer gedeihlichen Lösung zuzuführen. 3. Widerstandstreffen zu organisieren und eventuelle Streikbewegungen zu überwachen. 4. Die Haltung und das Wirken der Fachorganisationen und die Fachblätter zu überwachen. 5. Statistische Ausweise zu redigieren. Auf Grund des zusammenstehenden Materials über den Stand und die Verhältnisse der Fachorganisationen von Zeit zu Zeit Veröffentlichungen zu veranlassen. 6. Den zeitweise abzuhaltenden Gewerkschaftskongreß vorzubereiten und einzuberufen.

Das Komitee konstituiert sich folgendermaßen: Ein Vorsitzender und dessen Stellvertreter; ein Sekretär, ein Schriftführer; erster und zweiter Kassierer; zwei Controlleure für die innere Behahrung und drei Controlleure zur Überwachung der Fachorganisationen. Dieses Komitee beruft von Zeit zu Zeit den aus je 2 Mitgliedern der Fachvereine und Fachblätter bestehenden Gewerkschaftsrat ein, wo es in Gemeinschaft mit diesem die sich ergebenden Angelegenheiten verhandelt und Beschlüsse faßt. Der Kongreß erachtet es für notwendig, ein Arbeiterssekretariat zu schaffen, und beauftragt das Exekutivkomitee, dahin zu trachten, daß dies je eher zu stande komme.

Bezüglich des Arbeitsnachweises wurde die Organisation auf paritätischer Grundlage befürwortet, und es heißt dann ferner: Der Kongreß sieht aber auch keinen Grund, sich der von Staatswegen geplanten centralen Arbeitsvermittlung feindselig entgegenzustellen, wenn in derselben das Prinzip der Parität zur Geltung gelangt und die den Arbeitern direkt feindliche Bestimmung, bei Streikfällen Arbeit zu vermitteln, wegfällt.

Ferner forderte der Kongreß ein freies Koalitionsrecht und in einer längeren Resolution die Erfüllung einer Reihe socialpolitischer Aufgaben. Darunter den 10stündigen gesetzlichen Arbeitstag, Schutzbestimmungen für die Berg- und Hüttenarbeiter und Bauarbeiter, sowie Ausdehnung der Gewerbe-Inspektion mit Hinzuziehung von Arbeitervertretern; die Gewerbegerichte sollen ihre Funktion als Schiedsgerichte ausdehnen und die obligatorische Unfallversicherung soll durch ein besonderes Gesetz geregelt werden.

Budapest, 25. Mai. Der Präsident des socialistischen Gewerkschaftskongresses Martin Schurman wurde bei dem nach Schluß der Beratungen stattgefundenen Abschiedsfeste verhaftet, angeblich wegen verbotener Kundgebung.

Der internationale Bergarbeiter-Kongreß ist in Gröbssel zusammengetreten. An den Verhandlungen nahmen 44 Delegierte teil, die 1488 000 Bergarbeiter vertreten. Aus England sind 20, aus Belgien 7, aus Frankreich 4, aus Deutschland und Oesterreich je 2 Delegierte erschienen. In der ersten Sitzung präsierte das englische Parlamentsmitglied Thomas Wurt. Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der achtstündige Arbeitstag, der in der Resolution für alle im Bergbau beschäftigten Arbeiter verlangt wird. Gegen die Resolution sprechen nur Fenwick-England und Edward-Frankreich. Die Zustimmung erfolgte mit 680 000 gegen 30 000 Stimmen.

In der Sitzung vom Dienstag wurde zunächst über die Unfall-Gefahr und -Versicherung beraten. Die englische „Miners Federation“ unterbreitete eine Resolution, welche die volle und alleinige Verantwortung für Grubenunfälle den Unternehmern auferlegt wissen will. Interessant ist, was der Redner der Engländer über das für den englischen Bergbau geltende „Kompensations“-Gesetz mitteilt. Die Hinterbliebenen eines getöteten Bergmanns erhalten nicht über 7500, nicht unter 3500 Franken ausgezahlt. Leider enthält das Gesetz eine Bestimmung, wonach die Pension nicht ausgezahlt wird, wenn ein Verschulden des Arbeiters an dem Unfall „nachgewiesen“ wird. Die Untersuchung wird demzufolge immer nach der Richtung hin geführt, die Schuld des Arbeiters womöglich zu beweisen. Nachdem Redner aller Nationen zu diesem Punkte geiprochen und ihre bezüglichen Landesgesetze und deren Mängel zum Vortrag gebracht, wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Der Streik der Strumpfwirkerinnen von Wilna und Umgegend ist nach einer Dauer von drei Wochen mit einem Siege der Arbeiterinnen beendet worden. Diese haben eine Lohnerhöhung von 10 Kopelen pro Duzend Paar Strümpfe erzielt.

In Warschau streiken zur Zeit 55 jüdische Lederfärbler.

Vom evangelisch-socialen Kongreß.

Kiel, 25. Mai.

Die heutige erste Hauptversammlung wurde von dem Vorsitzenden, Landes-Oekonomierat Robbe-Berlin, eröffnet. Die Hoffnungen, die man vor zehn Jahren auf die Gründung dieser Körperschaft gesetzt, haben sich nach ihm nicht erfüllt.

Es ist uns bisher nicht gelungen, einen Ausgleich der socialen Gegensätze und kirchlichen Richtungen herbeizuführen. Wir waren sogar genötigt, Angriffe abzuwehren. Es hat sich eine gewisse Gleichgültigkeit weiter Kreise des Volkes bemächtigt. Man hält die Erörterung der socialen Frage mit dem Christentum für unvereinbar. Wir wollen die sociale Frage auf dem Grunde der christlichen Ethik lösen. Unser Bestreben geht dahin, das deutsche Familienleben zu stärken und zu festigen. Es wird uns zugerufen: Sind denn nicht die socialen Zustände besser geworden? Erklären nicht die Gegner den Grundsatz von der Verelendung der Massen jetzt selbst für falsch? Ist nicht das gewerbliche Leben ein blühendes geworden? Entfernt sich nicht der Arbeiter immer mehr von der Grenze des Existenzminimums? Werden nicht immer mehr kostbare Kirchen gebaut und könnt Ihr es leugnen, daß sich gleichwohl die Massen immer mehr von der Kirche entfremden? Das sind die Fragen, die von vielen Seiten an uns gerichtet werden. Unser letzter Kongreß hat gezeigt, wach großer Miß in unserem Volksleben kauft. Immer größer wird die Abwendung von Gott. Auf das Aufblühen des gewerblichen Lebens kann ein Rückschlag erfolgen. Und hat denn nicht die bessere Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse ein sittliches Elend im Gefolge? Wenn man erwägt, daß 70 Prozent aller deutschen Haushalte von der Kommunalabgabe befreit sind, weil ihr jährliches Einkommen weniger als 900 M. beträgt, wenn wir die Ueberfüllung der Wohnungen und Schlafstellen mit ihren sittlichen und gesundheitlichen Gefahren in den Großstädten und das Leerstehen der Wohnungen auf dem Lande in Betracht ziehen, dann steht es für uns fest, daß uns noch eine Riesearbeit bevorsteht.“ Sodann hielt der Oberbürgermeister Fuß-Kiel eine Ansprache.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Ministerkrisis in Oessen.

Frankfurt a. M., 25. Mai. (W. S.) Die „Frei. Ztg.“ meldet aus Darmstadt: Hier kursiert mit großer Bestimmtheit das Gerücht, der Ministerialrat Soldau habe seine Entlassung erbeten. Die Genehmigung des Gesuches wird nach Abschluß des Disziplinarverfahrens gegen den Oberschulrat Dr. Dettweiler mit Sicherheit erwartet. Dr. Dettweiler selbst hat, wie aus guter Quelle verlautet, schon vor einiger Zeit seine Entlassung als Reserve-Offizier nachgesucht.

Der österreich-ungarische Ausgleich.

Wien, 25. Mai. Der heutigen Sitzung des Exekutiv-Komitees der Rechten wohnten Graf Thun und Handelsminister Baron Dipauli bei. Bezüglich des Ausgleichs mit Ungarn wurde nach eingehender Beratung einstimmig beschlossen: Das Exekutivkomitee spricht neuerlich die Bereitwilligkeit der Majorität aus, das Zustandekommen eines für beide Teile der Monarchie gerechten und billigen Ausgleichs mit allen Kräften zu fördern; es bedauert lebhaft, daß eine parlamentarische Erledigung der Ausgleichsvorlagen unmöglich gewesen, billigt vollständig den von der Regierung in den demaligen Verhandlungen eingenommenen Standpunkt und ist bereit, die Regierung bei dieser Aktion jederzeit rückhaltlos zu unterstützen und wird seine Arbeiten in den nächsten Tagen fortsetzen.

Wien, 25. Mai. Heute Vormittag empfing der Kaiser die Ministerpräsidenten Graf Thun und Szell in längerer Audienz; nach derselben fanden Besprechungen zwischen Szell und Golschowski, sowie zwischen Thun und Szell statt. Es scheint, als ob die Gegensätze durch die Intervention des Kaisers abgeschwächt sind und die Aussichten für eine Verständigung in der Ausgleichsfrage sich gebessert haben.

Stettin, 25. Mai. (W. S.) Die Matrosen der im hiesigen Hafen liegenden Schiffe sind heute wegen Lohnunterschieden in den Ausstand getreten. Die Hafenarbeiter beabsichtigen sich morgen dem Ausstande anzuschließen.

Rom, 25. Mai. (W. S.) Das italienische Geschwader in den ostasiatischen Gewässern soll um drei Schiffe vermindert werden.

Madrid, 25. Mai. (W. S.) Emilio Castelar ist heute in San Pedro de Pinatar gestorben.

Alexandrien, 25. Mai. (W. S.) Wegen des Zunehmens der Pest herrscht hier große Panik; Handel und Wandel stoden, so daß die meisten Geschäfte geschlossen sind. Die besser situierten Leute verlassen die Stadt. Für alle von hier abgehenden Schiffe ist eine zehntägige Quarantäne in Port Said vorgeschrieben.

New-York, 25. Mai. (W. S.) Eine Depesche des „New-York Herald“ aus Washington besagt, der Regierung seien amtliche Berichte aus Manila zugegangen, denen zufolge die Konferenz mit den Philippinos geschlossen worden ist. Die Philippinos seien ins Hauptquartier Aguinaldos zurückgekehrt, ohne daß ein befriedigender Abschluß der Verhandlungen erzielt worden wäre.

Kongress zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Berlin, den 25. Mai.

Zweiter Tag.

Der Kongress nahm heute um 9 1/2 Uhr seine Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung standen die für die Abteilung II Pathologie angemeldeten Referate und Vorträge.

Die Verhandlungen wurden von dem Abteilungsvorsitzenden Herr Professor U. Fränkel geleitet. Die Reihe der Referate eröffnet der Professor an der Universität Breslau, Herr Geh. Rat Flüggé.

Der Tuberkulosebacillus ist die einzige unmittelbare Ursache für die verschiedenen Arten der menschlichen Tuberkulose.

Die bei Säugtieren vorkommende Tuberkulose, namentlich die sogenannte Verlust des Kindes, ist durch denselben Parasiten bedingt. Die Identität der Geflügel-Tuberkulose mit der menschlichen hat sich bisher noch nicht nachweisen lassen.

Die Tuberkulose ist obligate Parasiten. Sie entwickelt sich, abgesehen von künstlichen Kulturen, soweit unsere Erfahrungen bisher reichen, nur im menschlichen resp. tierischen Organismus.

Sie gelangen in die Außenwelt, seltene, für die Praxis nicht in Betracht kommende Verhältnisse ausgenommen, nur mit den Ausscheidstoffen der Schwindsichtigen, mit der Milch und dem Fleisch der verstorbenen Kinder.

Das folgende Referat hielt Herr Professor U. Fränkel-Salle über:

„Die Art und Weise der Uebertragung.“

Mit glänzender Beredsamkeit und in einer auch für den Nicht-Mediziner klar verständlichen Weise entlegte er sich seiner Aufgabe. Einleitend wies Herr Vortragende darauf hin, daß naturgemäß erst durch die im Jahre 1882 erfolgte Entdeckung des Bacillus die Frage der Uebertragung von den Forschern in Angriff genommen werden konnte und daß die Frage in der kurzen Zeit noch nicht zum Abschluß gelangt sei.

Die Darmtuberkulose entsteht bei Kranken durch verschluckten Auswurf, bei Gesunden durch den Genuß von tuberkulösem Fleisch und tuberkulöser Milch. Der Vortragende wandte sich hier in überzeugenden Ausführungen gegen den Genuß von roher Milch.

Bacillen in der Butter

gemacht, doch sei sie glücklicherweise nur vereinzelt gemacht worden. Allerdings gelte Berlin als Centralverbreiter für tuberkulöse Butter (Heiterkeit), aber übertriebene Besorgungen seien auch hier ungerechtfertigt, denn es sei verhältnismäßig leicht, die Butter tuberkulosefrei zu machen.

Die Hauptansteckung gehe in der Lunge selbst vor sich und zwar durch inspirierte Luft. Eine Anzahl Forscher sei zwar entgegengelegter Meinung und glaube, daß die Uebertragung in die Lunge erst auf einem Umwege über die Lymphdrüsen erfolge, oder auch hier sei die große Mehrzahl der Kerze auf seiner Seite.

Den Vortragenden lohnte für seine interessanten Darlegungen ein minutenlanger stürmischer Beifall des Auditoriums.

Es folgte ein Vortrag des bekannten Berliner Bakteriologen Prof. Pfeiffer über „Mischinfektion“. Danach bleibt die Tuberkulose, insbesondere die Lungen-Tuberkulose, meist nur verhältnismäßig kurze Zeit unkompliziert.

Den letzten der größeren Vorträge in dieser Abteilung hielt Professor Köhler aus Greifswald über das wichtige Thema:

Erbllichkeit, Immunität und Disposition.

Der Glaube an die Erbllichkeit der Tuberkulose wurzelt, so führte der Vortragende aus, tief im Volksbewußtsein. Jeder einzelne kann eine ganze Reihe von Familien herzahlen, wo die Schwindsucht Generationen hindurch Opfer fordert.

einbringt, gehört auch der aus der Geschlechtsphäre. Bei der Uebertragung der Tuberkulose spielt aber ganz unzweifelhaft die Tuberkulose des Vaters nicht die geringste Rolle. Immer sind die Mütter der mit angeborener Tuberkulose geborenen Kinder mit ausgebreiteter Tuberkulose der Geschlechtsorgane, der Leber und der Nieren lymphdrüsen behaftet.

Am die großen Vorträge schlossen sich kleinere Referate. Herr Dr. Hesse-Dresden sprach über ein neues Verfahren zur Züchtung der Tuberkulobacillen, die Professoren Landouzy und Lannelongue aus Paris behandelten die Beziehungen zwischen Wunden und Tuberkulose.

Verhütung der Tuberkulose

ein. Den einleitenden Vortrag hielt der Regierungs- und Medizinalrat Dr. Roth aus Potsdam über allgemeine Maßnahmen zur Verhütung der Lungen-Tuberkulose. Er erklärte als das wichtigste Vorbeugungsmittel die Verhütung der Einatmung des seuchten und getrockneten Auswurfes in geräuchertem Zustande und verlangte deshalb möglichst schnelle und unschädliche Beseitigung des Auswurfes vom Beginn der Krankheit an.

Am folgte Herr Professor Heubner-Berlin, der bekannte Kinderarzt, mit einem Vortrag über

die Verhütung der Tuberkulose im Kindesalter.

Auf Grund seiner persönlich gewonnenen Erfahrungen konnte er dem Kongresse ein besonders reichhaltiges Material vorführen. Von den in seiner Klinik im letzten Jahre untergebrachten 800 Säuglingen waren 26 Proz. tuberkulös und meist fand sich ein unscheinbarer, vorher meist übersehener Infektionsherd in der Lunge war, der durch das Einatmen von Bacillensaub entstanden war.

Aus dem Hungerlande.

Wie bekannt, sind wiederum 17 Gouvernements Rußlands von einer derartigen Misere getroffen worden, daß der Hunger mit all seiner Grausamkeit schon längst vorauszu sehen war. Anfangs versuchte es die Regierung — wie sie gewöhnlich in derartigen Fällen zu thun pflegt — die auf den bevorstehenden Hunger hindeutenden Nachrichten zu unterdrücken.

werden dem „Roten Kreuz“ über 210 Krankheitsfälle mitgeteilt, der Arzt kommt hin und registriert schon 250 Fälle. In einem anderen Dorfe zeigten sich — wie amtlich berichtet wird — vereinzelt Storbefälle, nach 4 Tagen zählt man ihrer bereits 354 und dergleichen.

So die sachlichen Berichte, mit Zahlen ausgestattet, kurz und trocken abgefaßt. Es fehlt aber auch nicht an ausführlicher Schilderung des Elends, welche meist aus der Feder selbstloser russischer Damen stammen, die oft die Familie, die Universität, die Gesellschaft verlassen, um in den Hungergebieten in aller Entbehrung und primitivsten Verhältnissen dem unglücklichen Volke thumlichste Hilfe zu leisten.

Am 15. März — schreibt eine Dame, L. B. Lepschikina, in einer russischen Zeitschrift — fuhr ich mit Fürst Schadowich nach Khat-Mulino, um die Hungerleidenden zu registrieren und eine Vorklage zu errichten.

Am 15. März — schreibt eine Dame, L. B. Lepschikina, in einer russischen Zeitschrift — fuhr ich mit Fürst Schadowich nach Khat-Mulino, um die Hungerleidenden zu registrieren und eine Vorklage zu errichten.

Als wir endlich in die Gemeindestube eintraten, mußten wir wegen der schweren, unerträglichen Luft den Atem inne halten. Und nie werden wir den Anblick vergessen können, der

vor unsere Augen trat! Der Storbefall war in diesem Dorfe in voller Blüte. Die unglücklichen Kranken gingen dorthin, und ich sah die geschwollenen Gesichter, blutige Wunden auf dem Zahnfleische, den Weinen und auf dem ganzen Körper. Die einen saßen stumm vor sich hin, ohne jede Hoffnung, gerettet zu werden, und als stünde schon das Todesgeheiß vor ihren Augen; die anderen stöhnten vor Hunger und Sauerz...

Unter diesen qualvollen Eindrücken mußten wir auch unsere „Einnung“ und Beratung mit der ganzen Gemeinde beginnen. Am nächsten Tag wurde die Volksschule schon eröffnet. Die Freunde, welche in den Augen der Unglücklichen, Verhungerten strahlte, als man ihnen ihre Portionen „Auslast“ — ein Brot aus Hirse und Erbsen mit Schmalz, Zwiebel und Pfeffer — verteilte, führten mich bis zu Thronen. Am ersten Tage konnte das Brot noch nicht fertig werden, und wir ließen den Leuten sagen, sie möchten diesmal eigenes Brot mitbringen.

Den schrecklichsten Eindruck machte auf mich das Dorf Maslumowo. In diesem großen Dorfe giebt es zwar einige Wohlhabende, die meisten aber leben in schrecklicher Not. Ihre Wohnungen gleichen Löchern, in die man nicht hineingehen, sondern hineinkriechen muß. Fensterscheiben giebt es nicht. Der Boden ist aus Lehm, feucht und schmutzig. Die Luft ist unerträglich drückend.

Das dankbare Verkn. Der Kirchenrat der Emmaus-Gemeinde giebt in einem Circular bekannt, daß in der Aula einer Gemeindegemeinde von jetzt ab jeden Sonntagvormittag Gottesdienst stattfinden wird. So weit also ist es jetzt schon mit der Verkömmerung Verkn. gekommen. Die Kirchengemeinden lassen sich auf Grund einer mittelalterlichen Konstitutionsordnung auf Kosten der Stadt Kirchen bauen, und aus Dankbarkeit räumt der Magistrat den Gesellschaften Säle für ihre Gottesdienste ein. Spielplätze für die Schulkinder giebt es nicht auf den Schulhöfen, weil das die Direktoren in ihrer Nähe stören würde; durch Predigten scheinen die Herren weniger angegriffen zu werden. Uebrigens fällt uns bei dieser Gelegenheit ein, wie sich der Berliner Magistrat verhalten hat, als die Freireligiöse Gemeinde ihn zu Unterrichtszwecken um fernere Ueberlassung von Säulräumen bat. Damals ging solches nicht an, weil nach Ansicht des Magistrats dann auch Katholiken und Juden solche Ansprüche stellen könnten. Was nunmehr den evangelischen Kirchengemeinden recht ist, dürfte nach den Grundrissen der Gerechtigkeit auch den Freireligiösen billig sein. Oder ist es mit dem Berliner Kommunal-Liberalismus schon soweit gekommen, daß er nach dem Beispiel gewisser älterer Damen im Verkn. seine Jugendfrunden zu vergessen sucht? Auf jeden Fall verdient das Entgegenkommen des Magistrats in der Stadtverordneten-Versammlung eingehend gewürdigt zu werden.

Das die „Christlichen“ Arbeiter-Organisationen von der Arbeiterkassette Berlin zuweilen recht deutlich mit Verachtung gestraft werden, nimmt man der Socialdemokratie, die ja für alles mögliche und unmögliche verantwortlich gemacht wird, in der unter dem Mantel des Christentums einherwandelnden Presse sehr übel. Man wird die Stellungnahme der Arbeiter zu den frommen Vereinen und ihren Anhängern verstehen lernen, wenn man eine Zeitschrift betrachtet, die der Vorstand der Gruppe Norden I des Evangelischen Arbeitervereins kürzlich einem hiesigen Fabrikleiter zugesandt hat. Das Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

Herrn A. Hochwolsgebornen, hier.
Der unterzeichnete Vorstand erlaubt sich, Ihnen dabei einige Flugblätter zu übersenden mit der höflichen Bitte, dieselben gütigst in der von Ihnen geleiteten Fabrik durch Aushang zur Kenntnis der Ihnen untergebenen Arbeiter bringen zu wollen. Ein Hochwolsgebornen, der Evangelische Arbeiterverein hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Macht der Socialdemokratie zu brechen und die Arbeiterbewegung in friedliche, christliche Bahnen zu lenken. Um dieses hohe Ziel zu erreichen, bedürfen wir aber der Mithilfe der christlich gesinnten Herren Arbeitgeber und Vorgesetzten. Da die Socialdemokratie schon oft versucht hat, sich in die Angelegenheiten der von Ihnen geleiteten Fabrik zu mischen, so hoffen wir von Ihnen, sowie von dem Hochwolsgebornen Herrn Inhaber der Fabrik, an den persönlich wir uns in unserer Bescheidenheit nicht zu wenden wagen, mit Überdacht auf die gütige Erfüllung unserer Bitte rechnen zu dürfen. Sollten Euer Hochwolsgebornen etwa geneigt sein, sich durch persönliche Mitgliedschaft an unseren Bestrebungen zu beteiligen, so würde der unterzeichnete Vorstand Ihnen mit größter Verehrung unsere Satzungen übersenden; auch würde sich für Sie ja Gelegenheit bieten, in unserer Versammlung über unsere Ziele Aufklärung zu verschaffen. Zuletzt erlauben wir uns noch, auf unseren Arbeitsnachweis aufmerksam zu machen; derselbe empfiehlt treue, nüchtern, christliche Arbeiter zu jeder Art von Beschäftigung, und bittet die Herren Arbeitgeber, sich bei Bedarf freundlichst denselben bedienen zu wollen. Die Adresse des Arbeitsnachweises ist: Herr Tischlermeister Stehmann, Berlin Reichenbergerstr. 142. Telefonanschluß. Auf gütige Erfüllung unserer Bitte hoffend und Ihnen im voraus herzlich dankend, zeichnet hochachtungsvoll ergebenst

Evangelischer Arbeiter-Verein.
Der Vorstand der Gruppe Norden I.
J. A.: Paul Reumann, Schriftführer.

Wer will es der Berliner Arbeiterschaft verdenken, wenn sie die Elemente, die vor den Interessen des Justizhandwerts in Demut erferben, nicht gerade mit ausgeführter Höflichkeit behandelt?

Frühere Abholzungen im Tiergarten. Im Winter 1788 hatte sich die Verwaltung des Berliner Tiergartens über die Berliner Jägmännchen zu ärgern. Der kalte Winter hatte zahlreiches armes Volk in die dichten Waldungen des Parks getrieben, wo das lüppig wuchernde Holz sich fast von selbst als Brenn- und Heizmaterial darbot. Die Tiergartenverwaltung von anno dazumal schwärmte in dessen durchaus nicht für die Abholung von anno dazumal und das das Abbrechen, Abhauen, Ausreihen, Zerbrechen und Stehlen der Bäume überhandnahm. Im Juni 1788 folgende „Verordnung“: Wer bei solchem Frevel betroffen wird, soll sofort zum Hofjäger gebracht und deselbst zur Verstrafung notiert, oder nach Befinden so gleich von demselben arretiert und zur nächsten Wache abgeliefert werden. Es werden demnach nicht nur alle und jede gewarnt, sich alles Unfugs im Tiergarten zu enthalten, sondern es wird auch bekannt gemacht, daß außer dem Ertrag des Schadens jeder Verbrecher 10 Thlr. Strafe, wovon der Anzeiger die Hälfte erhält, erliegen, und falls er des Vermögens nicht ist, mit achtzigtägiger Gefängnisstrafe, oder dem Befinden nach mit noch härterer Leibesstrafe ohnefehlbar bestraft werden soll. Schließlich aber soll einem jeden, welcher einen Beschädiger der Pflanzungen anzeigt, außer der Hälfte der durch seine Anzeige aufkommenen Geldstrafe erforderlichenfalls mit Verschweigung seines Namens ein Douceur von 5 Thlr. und nach Befinden noch mehr gereicht werden. Schade, daß die alte Verordnung nicht auch heute noch zu Recht besteht!

Die Gasproduktion und der Gasverbrauch der städtischen Gasanstalten im Vierteljahr Januar/März d. J. ist wiederum erheblich gestiegen. Die Gasproduktion betrug nämlich 40 689 000 Kubikmeter, gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres mehr 2 128 000 Kubikmeter oder 5,52 Proz. Abgegeben wurden zu Leuchtzwecken zum Preise von 10 Pfennigen für 1 Kubikmeter (ausschließlich des eigenen Verbrauchs) 28 698 072 Kubikmeter und durch Automaten für 975,60 M. (zum Preise von 10 Pf. für 600 Liter) rund 8884 Kubikmeter, zusammen 28 703 920 Kubikmeter, mehr gegen das Vorjahr 2,30 Proz. Zu Koch- und gewerblichen Zwecken (ausschließlich Motoren) zum Preise von 10 Pf. für 1 Kubikmeter wurden abgegeben 8 883 944 Kubikmeter, gegen das Vorjahr mehr 25,69 Proz. und zum Betriebe von Motoren 2 236 068 Kubikmeter, mehr 24,70 Proz. Die Vierteljahres-Gesamtabgabe von Gas gegen Verzehlung betrug hiernach 37 523 928 Kubikmeter gegen 35 069 175 Kubikmeter des Vorjahres, also mehr 6,94 Proz. Die Gesamtzahl der öffentlichen Gaszählungen betrug Ende März d. J. auf 28 189 Stück und die der Petroleumlaternen auf 1062 Stück.

In der Königstraße ist jetzt mit dem Abriß der Häuser Nr. 62 und 62a begonnen worden; gleichzeitig werden auch die Baualtenteile Freilagegeleitet. 24—29 niedergelegt. Die Grundstücke, die dem Fiskus gehören, werden für postalfache Zwecke bebaut und mit dem Hauptpostamt in der Spandauerstraße vereinigt werden.

Mit der Aufklärung einer eigenartigen Betrugsaffäre sind gegenwärtig die Behörden beschäftigt. Dem 21jährigen Postkoloniar Gerling aus Berlin, der zur Zeit bei einem Postkassierer in Rastenberg (Großherzogtum Sachsen-Weimar) in Stellung ist, war kürzlich ein Lotteriegewinn von 100 000 M. zugefallen. Der junge Mann kaufte sich eine Jagdpfadung für 7000 M. und zwei Jagdhunde für 5000 M.; den Rest des Geldes, angeblich 78 000 M., sandte er vor einiger Zeit in einem Wertbriefe an die Dresdener Bank in Berlin. Statt des Geldes fanden jedoch die Bankbeamten bei Öffnung des Briefes ein Päckchen Zeitungspapier vor und infolge der sofort eingeleiteten Recherchen durch Post, Gericht und Polizei wurde festgestellt, daß die wertvolle Mahilatur schon bei Aufgabe des Briefes diesem beigelegt worden war. G. will den genannten Betrag in großen Banknoten und zwar in Gegenwart des Kassierers Henkel und des Postkassierers in Rastenberg in den Brief gelegt haben und behauptete mit Bestimmtheit, daß die beiden durch einen geschickten Kniff das Geldpäckchen mit der Zeitungsmahilatur vertauscht haben, was diese jedoch energisch

bestreiten. Alle drei wurden daraufhin verhaftet und dem Gerichtsgefängnisse in Potsdam zugeführt.

Seinen Verletzungen erliegen ist der 39 Jahre alte Steinträger Eduard Drause aus der Stalitzerstr. 128, der am Donnerstag voriger Woche auf dem Neubau Mitterstr. 71 verunglückte. Drause fiel mit einer Mulde Steine feittwärts von der Leiter aus dem vierten auf den dritten Stock hinab und dann, indem er sich beim Aufstehen noch mehrmals überschlug, durch einen Leiterschacht noch einen Stock tiefer.

Als Leiche wiedergefunden worden ist die 66 Jahre alte Witwe Auguste Kirck aus der Turnstraße 25, die seit dem zweiten Feiertage verschwunden war. Die alte Frau, die bei ihrer Tochter wohnte, war etwas geisteschwach. Am zweiten Feiertage ging sie vormittags heimlich weg und ist wahrscheinlich längere Zeit umhergeirrt. Vorgestern nachmittag landete man sie bei Plohnsee aus dem Verbindungskanal.

Kindesausfuchung. Im Hause Neue Kohstr. 2 wurde gestern auf der Bodentreppe des Vorderhauses ein 6—8 Monate altes Mädchen aufgefunden. Das kleine Wesen war in ein rotbraunes, wollenes Linschlagetuch eingehüllt und mit dunkelblauem Kleidehen, Unterrodern und Unterwäsche bekleidet. Das Kind wurde in das Waisenhaus gebracht.

Das Polizeipräsidium giebt bekannt: Der Kaufmann Felix Bonus und Kaufmann Friedrich Köhne haben zu verschiedenen Malen von Möbelhändlern Möbel auf Abzahlung entnommen und diese in den nächsten Tagen in ihrem Laden verkauft. Geschädigte, die bisher in dieser Angelegenheit nicht vernommen worden sind, können sich in den Vormittagsstunden von 9—12 Uhr auf Zimmer 332 einfinden.

Ein großer Dachstuhlbrand brach Donnerstagnachmittag 1/2 Uhr im Quergebäude des fünfstöckigen Hauses Nr. 32 in der neu angelegten Bödikerstraße an der äußersten Osgrenze Berlins aus. Die gesamte zweite Bödikerkompanie war alarmiert. Das Haus ist von zahlreichen kleinen Mietern bewohnt, die eine Unmenge Hausrat und Brennmaterial in den Bodenräumen untergebracht hatten, weshalb auch das Feuer reichliche Nahrung fand. Während man mit Rauchhelmen ausgerüstete Sappeure über die stark verqualmten Treppen nach oben drangen und in einzelnen Wohnungen sich davon überzeugten, daß Personen nicht in Gefahr waren, wurde mit Hilfe der mechanischen Leiter von anderen Feuerwehrmännern das Dach erstiegen und daselbst an verschiedenen Stellen eingeschlagen, um den Flammen Luft zu machen. Erst dann konnte von drei verschiedenen Seiten das Feuer angegriffen werden und mittels dreier Rohre zum Stehen gebracht werden. Ein großer Teil des Dachstuhls wurde eingestürzt, und ist der verursachte Schaden bedeutend. Verschiedene nicht versicherte Mieter erleiden empfindliche Verluste. Branddirektor Giersberg war am Brandplatze anwesend.

Donnerstag früh wurde die Wehr nach Hüssitenstr. 32 gerufen, wo Kohlen auf einem Kohlenplatz in Brand geraten waren. Am Abend vorher erfolgte Alarm nach dem Blücherplatz, wo in einer Uraniasäule Bretter und Leppen Feuer gefangen hatten.

Gesperrt sind folgende Straßen: Die Neue Hochstraße von der Daldorfer bis zur Gerichtstraße, die Tiedstraße von der Vorfig bis zur Gartenstraße, sowie die Bödikerstraße von der Gräfe bis zur Schönleinsstraße.

Vor dem Vermietungscomptoir in der Jägerstraße wurde Mittwochabend die Frau des Cigarrenfabrikanten L. aus der Barthelstraße 4 vom Schläge gerührt. Die 50jährige Frau wollte ein Dienstmädchen mieten. Auf der Stufe zum Comptoir wurde sie plötzlich von einem Unwohlsein befallen und konnte sich nur noch mit Mühe hineinschleppen. Letzte ließen sie mit einem Wagen der Unfallstation nach ihrer Wohnung bringen. Als man aber dort ankam, war die Frau schon tot.

Im Tanzsaale der „Neuen Welt“ verhaftet wurde die 22jährige Arbeiterin B. R. Das junge Mädchen, welches schon seit längerer Zeit wegen verschiedener Vergehen von der Polizei vergeblich gesucht wurde, hatte jedoch einen flotten Walzer absolviert, als sich ihr ein fremder Herr näherte und sie aufforderte, einen Augenblick mit nach dem Garten hinauszukommen. Dort zeigte der galante Herr der holden Maid seine Erkennungsmarke als Kriminalbeamter vor und erklärte das bestürzt dreinschauende Mädchen für verhaftet. Beide traten dann unauffällig den Weg zur Garderobe und von dort zum Polizeibureau an.

Theater. Das Schiller-Theater bringt heute die erste Auführung von „Satisfaktion“, Schauspiel in vier Akten von Alexander Baron v. Nibers, in folgender Besetzung der Hauptrollen: Werner Holz; Ferdinand Gregori; Gün Holz; Grete Meyer; Frau Anna Holz; Agnes Werner; v. Witterstedt; Albert Patry; v. Regdorf; Alfred Walter; Hedwig v. Regdorf; Helene Köhner; Gräfin Witterstedt; Louise Adelt; Graf Friedrich Witterstedt; Willy Probbke; v. Rod; Walter Jolin; Lindheim; Siegfried Feinzel; Mathias; Karl Dahlen.

Aus den Nachbarorten.

Weihensee. Die Parteigenossen, namentlich aber die Mitglieder des Arbeitervereins, werden dringend aufgefordert, sich so schnell wie möglich mit Wilslet zu der am 29. Mai, abends 8 Uhr, im Schloß Weihensee stattfindenden öffentlichen Versammlung, verbunden mit einem Projektionsvortrag des Herrn Dr. Meyer, zu versehen. Dem Unterzeichneten ist zur Dedung der Unkosten des Vortrages eine größere Summe vom Arbeiterverein überwiesen worden. Der Einberufer: Emil Gerstenberger, Lehrstr. 115.

Im Arbeiter-Bildungsverein für Mariendorf und Umgebung spricht am Sonntag nachmittags 3/4 Uhr im Lokale des Herrn Leutichbein zu Mariensfelde der Genosse Reichsanwalt B. Frankl über „Vernunft und Droschke“. Am reichhaltigen Erscheinen der Parteigenossen bittet Der Vorstand.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung hat gestern in außerordentlicher Sitzung nach längerer Beratung den wegen Versorgung der Stadt mit Elektrizität zwischen dem Magistrat und der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen vereinbarten Vertrag mit großer Mehrheit angenommen.

Aus Nizdorf. Am gestrigen Donnerstag war der Regierungspräsident Graf Hue de Graes in unserer Stadt, um die städtische Verwaltung und die verschiedenen Institute, wie Krankenanstalt, Armenhaus, Waisenhaus, Gossanstalt, sowie die Gemeindefchulen zu inspizieren. — Ein gefährlicher Einbrecher wurde hier in der Person des vielfach vorbestraften Emil Gohlle auf freier That abgefahrt, als er bei dem Restaurateur Pohl in der Hermannstraße einen Einbruchsdiebstahl ausführte. Nach heftiger Gegenwehr, bei welcher er einen Armbruch erlitt, wurde Gohlle von mehreren Privatpersonen überwunden und der Polizei zugeführt. Gelegentlich einer Hausfuchung bei der Schwester des G., der in der Woffertstr. 63 zu Berlin wohnhaften Witwe Anna Dolata, wurde ein ganzes Lager aus Einbruchsdiebstählen herrührender Sachen entdeckt, weshalb man auch die D. wegen Hehlerei in Haft nahm. — Wegen Stillschließens, begangen an Kindern, wurde der Droschkensührer B. hier festgenommen. B. bestreitet jede Schuld und behauptet, die Anzeige sei ein Anekdote seiner früheren Geliebten, weil er dieselbe nicht heiraten wollte. Schon vor 2 Jahren war B. unter gleichem Verdacht verhaftet worden, mußte damals aber wegen mangelnden Beweises wieder entlassen werden. — Auf dem Tempelhofer Felde wurde am Mittwochnachmittag ein Knabe aus Nizdorf von einem jungen Burken überfallen und seines Geldes und der Uhr beraubt. Der Thäter soll ein gewisser Paul Wille sein, doch ist es bisher nicht gelungen, denselben habhaft zu werden.

Zur weiteren Ausgestaltung des Straßenbahn-Verkehres zwischen Berlin und Schöneberg hat die „Große Berliner“ beim Schöneberger Magistrat jetzt die Genehmigung zur Anlage einer neuen Endhaltestelle im Mittelpunkt der Stadt in der bei der „Dorfane“ in die Hauptstraße ausmündenden Eisenacherstraße nachgesucht.

Die Straßenbahnverwaltung will zunächst eine neue Linie von der Lühovstraße aus durch die Genhiner-, Jieten-, Raagen-, Golt- und Alazienstraße nach der Hauptstraße schaffen; ferner soll die Linie Schleißisches Thor—Potsdamerstraße, welche jetzt in der Großgörschenstraße endet, bis nach Schöneberg hinein verlängert werden; desgleichen wird beabsichtigt, die Linie Bismarckplatz—Vilow—Rauhenstraße, nachdem sie elektrischen Betrieb erhalten haben wird, durch die Manstein- und Bahnstraße, in der die Geleisanlage schon längst hergestellt ist, beim Schöneberger Mathause vorbei ebenfalls bis ins Herz der Stadt weiterzuführen. Und alle diese drei Linien sollen ihren Schöneberger Endpunkt in der Eisenacher Straße erhalten. Außerdem soll der Halbring der südlichen Vorortbahn, die Straße Nizdorf—Berlin—Blücherplatz—Velleallianenstraße—Schöneberg, ebenfalls ihre Endstelle in der Eisenacher Straße finden. Der Magistrat hat der Einrichtung dieser Haltestelle bereits zugestimmt, so daß nun in nächster Zeit die Verkehrsverhältnisse zwischen Berlin und Schöneberg eine sehr wesentliche Verbesserung werden erfahren können.

Für den Oberleitungsbetrieb auf der Prachtstraße zwischen Schöneberg und Friedenau soll, wie es heißt, die Postverwaltung von der Westlichen Vorortbahn eine Entschädigung von 20 000 M. verlangen. An dem vor wenigen Tagen stattgefundenen Probeverfahren hat ein höherer Beamter teilgenommen, um die Behinderung des Telefonbetriebes durch die elektrische Bahn zu prüfen. Die Post verlangt nunmehr Erstattung der Kosten für das bis zum Friedenauer Postamt zu legende Fernsprechtabel im genannten Betrage und will das von der Friedenauer Gemeindevertretung angenommene Abkommen wegen Legung eines Kabels nicht eher ausführen, bis eine Einigung mit der Westlichen Vorortbahn zu Stande gekommen ist. Letztere scheint nicht gewillt zu sein, dem etwas sonderbaren Verlangen der Postverwaltung zu entsprechen und beabsichtigt, die Oberleitung in der Friedenauerstraße nicht zu benutzen, da die Accumulatoren eine auch noch für diese Strecke genügende Menge Strom aufnehmen.

Die Einwohnerzahl von Charlottenburg beträgt nach der neuesten Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt nach dem Stande von Ende Februar 175 073. Ein Jahr vorher hatte sie noch 164 007 betragen. Sie ist also im letzten Jahr um nahezu 11 000 Köpfe gestiegen.

In Charlottenburg hat gestern die Stadtverordneten-Versammlung die Vorlage des Magistrats über den Grundenerwerb zur Freilegung des Tegeeler Weges für den Neubau der Schloßbrücke angenommen. Der vom Fiskus zu übernehmende Bau soll nach der Erklärung des Ersten Bürgermeisters bereits im Oktober nächsten Jahres fertig sein. Ferner genehmigte die Versammlung die Vorlage des Magistrats, die zur Verbreiterung der Hardenbergstraße, zwischen Bismarck- und Joachimsthalerstraße, erforderlichen, innerhalb der Straßensuchlinien belegenen Grundflächen entweder freihändig für einen Preis bis zu 400 M. für die Quadratrate oder im Enteignungsverfahren zu erwerben. — Auf eine Anfrage der Stadtv. Stein v. Verend und Elenburg, ob die Stadtgemeinde mit einer am 2. Mai d. J. in der Charlottenburger Hauptfeuerwache veranstalteten Probe mit Feuerlöschgranaten irgendwo in Verbindung stehe, antwortete der Erste Bürgermeister, daß der betreffenden Gesellschaft zunächst die Erlaubnis erteilt worden sei, die Probe auf dem Hofe des Feuerwehredepos abzuhalten. Diese Erlaubnis sei sofort zurückgezogen worden, nachdem dem Branddirektor Kiesel von der Gesellschaft die Summe von 500 Mark überwiesen worden ist. Das Geld sei sofort der Gesellschaft wieder zugestellt, die Probe dann auf dem Feuerwehredepot abgehalten worden. In irgend welcher näheren Beziehung zu der Angelegenheit stehe die Stadtgemeinde nicht. Die Anfrage wurde damit als erledigt angesehen.

Wir wenden dir den Jungfernkranz . . . Auf der kürzlich stattgahabten Kreisynodal-Versammlung der Diocese Spandau-Othfavaella stellte Superintendent Hensel (Spandau), welcher über die sittlich-religiösen Zustände der Diocese Bericht erstattete, u. a. folgende Forderungen auf: Bei Taufen unehelicher Kinder dürfen nur verheiratete Vaten genommen werden. Bräute, die keinen Kranz verdienen, dürfen weder im halben noch im ganzen Kranz zur Trauung erscheinen, sondern müssen ohne Kranz sein. Besonders verwerflich sei es, sich den Kranz anzulagen. Es liebt ein Geheimnis des Superintendenten Hensel, wie er die Unternehmung darüber anstellen will, ob eine Braut den Kranz verdient oder nicht. Sind die Brautleute geschiedt, so verzichten sie angefichts der Gefahr so peinlicher Nachforschungen überhaupt auf kirchliche Trauung und befehlen sich einfach mit dem Standesamt.

Frömmigkeit und Geldbeutel. Aus Spandau wird berichtet: Infolge der Einführung der Kirchensteuer für die evangelische Gemeinde in Spandau hatten bekanntlich zahlreiche Personen ihren Austritt aus der Landeskirche erklärt. Nachdem die Kirchensteuer im neuen Etatjahr ermäßigt worden und ferner in Aussicht gestellt ist, daß sie nach einigen Jahren wieder völlig aufgehoben werde, hat sich die ursprüngliche Erregung gelegt und die Austrittserklärungen sind fast sämtlich zurückgezogen worden. Nur 20 Personen haben ihre Austrittserklärung aufrecht erhalten. Uebrigens soll auch der Druck, der in den Militärwerkstätten unberechtigtweise auf die Arbeiter ausgeübt wurde, sein Teil zur Zurückziehung der Austrittserklärungen beigetragen haben.

Weihensee. Vom Unglück verfolgt ist die Familie des hier in der Friedrichstraße wohnenden Schuhmachers Hunger. Der Mann, der schwer lungenleidend ist, war durch bitterste Not gezwungen, gestern nach längerem Kranksein seine Arbeit aufzunehmen, während seine Frau durch Nähtelnähen zum Unterhalt der Familie beitrug. Während nun die Frau die Lieferung ihrer fertigen Arbeit besorgte, haben die Kinder durch Spielen mit Streichholzern die Betten in Brand gesetzt, wodurch das kleinste dreijährige Kind lebensgefährliche Brandwunden erlitt. Kleinfreie Nachbarn sorgten dafür, daß die später heimkehrende Mutter in den Stand gesetzt wurde, das Kind einem Berliner Krankenhaus zuführen zu können.

Aus Lanfwich wird und berichtet: Am Samstag vor Pfingsten fiel in der Beethovenstraße ein Maler der Tempelhofer Electricitätswerke von dem hohen eieinen Träger der elektrischen Leitung herab und trug einen Beinbruch davon. An irgendwelche Schutzvorrichtungen für die Arbeiter bei dieser gefährlichen Arbeit scheinen die Tempelhofer Electricitätswerke bisher noch nicht gedacht zu haben. Der Unfall hätte leicht noch schlimmere Folgen haben können, da die Stromleitung bei Vornahme der Arbeiten nicht unterbrochen war. Die Gesellschaft sucht dies damit zu rechtfertigen, daß ihr seit einiger Zeit fortwährend Draht gestohlen werde. Sie scheint naturgemäß den Verlust von Draht viel schmerzlicher zu empfinden, als den eventuellen Verlust eines Menschenlebens.

Friedrichshagen. Zwei hiesige Radfahrer sind in der Nacht zum Mittwoch von mehreren Personen angegriffen worden. Als die Radler, welche sich einige Stunden in Schöneiche aufgehalten hatten, gegen 2 Uhr nachts das Dorf verließen, wurden sie am Kreuzungsweg nach Rahnsdorf plötzlich mit Faustgroßen Steinen beworfen. Einer der Radler besand sich im Besitze eines Revolvers, von welchem er sofort Gebrauch machte, worauf sich die Angreifer zurückzogen. Diese Begelegenheit müssen den Ueberfall vorher geplant haben, da sie an beiden Seiten der Chauffee hinter den Bäumen Posto gefaßt und sich mit einem Vorrat von Steinen versehen hatten. Die Thäter sind bis jetzt noch nicht ermittelt worden.

Generalversammlung des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter.

Rudolstadt, 24. Mai 1896.
In der heutigen Sitzung wurde zunächst die Debatte über den Bericht des Sägedgerichts zu Ende geführt. Dann folgte die Beratung der zum Statut vorliegenden Anträge. Der Verband hat fünf Beiratsklassen (10, 20, 25, 30, 35 Pf.)

und demgemäß ebenso viele Unterstützungsstellen. Er gewährt Streifenunterstützung und Arbeitslosenunterstützung in Fällen unverschuldeter Arbeitslosigkeit. Es wurde heute beschlossen, den Beitrag um 5 Pfennige, die Streifenunterstützung um 3 Mark, die Arbeitslosenunterstützung um 2 Mark nach fünfjähriger und um 3 Mark nach zehnjähriger Mitgliedschaft zu erhöhen.

Bei Streifen wurden die Nichtorganisierten bisher aus einem freiwilligen Fonds unterstützt. Eine längere Debatte entstand darüber, ob dies auch in Zukunft noch geschehen solle. Der Verbandsvorsitzende B o l l m a n n und andere vertraten die Ansicht, daß es zwar bedauerlich sei, wenn die Organisierten für die Indifferenten Opfer bringen müssen, da aber ein Streifen ohne die Nichtorganisierten, welche in der Porzellanbranche sehr zahlreich sind, nicht gewonnen werden könne, so müßten diese auch, weil man sie sonst nicht zur Teilnahme am Streifen bewegen könne, unterstützt werden. Der Verbandskassierer B e h, der Vertreter der Generalkommission, S a b b a t h, sowie andere Redner vertraten mit großer Entschiedenheit den gegenteiligen Standpunkt. Man müsse endlich mit dem System brechen, den Indifferentismus dadurch noch besonders zu prämiieren, daß man die Unorganisierten auf Kosten der Organisierten unterstütze. Den Indifferenten müsse vorgemacht werden, daß sie die größten Feinde der vorwärtsstrebenden Arbeiter sind und mit diesen keine Gemeinschaft haben dürfen. Es wurde beschlossen, den nichtorganisierten Streifenenden keine Unterstützung mehr zu gewähren. Den Mitgliedern soll dagegen, wenn sie wegen ihrer Verbandszugehörigkeit oder Thätigkeit gemahnt werden, die gleiche Unterstützung wie bei Streifen gewährt werden. Ferner wurde ein Antrag angenommen, welcher besagt, daß Streifenbrecher, wenn sie wieder im Verband aufgenommen werden, erst nach einer dreijährigen Straffenszeit Anrecht auf Unterstützung haben, und daß rückfällige Streifenbrecher überhaupt nicht wieder aufgenommen werden dürfen.

Ein anderer Antrag verlangte unter Hinweis auf den gegenwärtigen Zustand des Justizsystems und das drohende Justizausgleich die Streichung des Kapitus, welcher die Aufnahme der Mitglieder vom Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte abhängig macht. Der Antrag wurde aber abgelehnt mit der Begründung, daß es ein Zeichen von Schwäche sein würde, wenn sich die Arbeiter in solcher Weise auf die Folgen des etwa kommenden Justizausgleiches einrichten. Es würde ja in jedem Falle Sache der Mitglieder sein, selber zu entscheiden, wen sie für einen Ehrenmann halten oder wen nicht, und daß Arbeiter einen Genossen, der dem Justizausgleich zum Opfer fällt, nicht als ehrlos betrachten, sei ja selbstverständlich.

Sociales.

Das Tabellenwerk der Deutschen Kriminalstatistik für 1897 ist erschienen, während die Erläuterungen noch ausstehen, wie denn auch die Erläuterungen zu dem im August 1898 erschienenen Tabellenwerk für 1896 noch nicht vorliegen. Das vorliegende Werk enthält drei Tabellen, von denen die erste die rechtskräftig erledigten Strafsachen wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze nach dem Orte des erkennenden Gerichts für die einzelnen Oberlandesgerichtsbezirke zusammenstellt, während die zweite die Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze nach dem Orte der That für die einzelnen Staaten und größeren Verwaltungsbezirke gruppiert, und die dritte die persönlichen Verhältnisse der Verurteilten behandelt. Wir geben hier nach der „Vossischen Ztg.“ aus Tabelle I folgende allgemeine Tabellen, wobei zum Vergleich die Angaben der beiden vorausgegangenen Jahrgänge hinzugezogen sind.

Die Zahl der strafbaren Handlungen, bezüglich deren im Jahre 1897 Entscheidungen rechtskräftig geworden sind, betrug 601 370 gegen 682 145 im Jahre 1896 und 684 889 im Jahre 1895, so daß im letzten Jahre eine Zunahme um 9231 oder 1,35 Proz. stattgefunden hat. Von den Entscheidungen lauteten auf Verurteilung 559 007 (1896 550 622, 1895 550 793), auf Freisprechung 121 796 (120 427 und 123 876) und auf Einstellung des Verfahrens 10 573 (11 096 und 10 990). Die Zahl der auf Freisprechung lautenden Urteile zeigt also eine verhältnismäßige Verminderung. Von den strafbaren Handlungen, die zur Verurteilung führten, wurden begangen 517 913 (509 593 und 510 488) von einem und 41 094 (41 029 und 40 305) von mehreren Verurteilten. Die Gesamtzahl der Angeklagten betrug 557 838 gegen 580 615 im Jahre 1896 und 578 762 im Jahre 1895. Von ihnen sind 463 585 (459 900 und 454 211) verurteilt und 114 298 (113 767 und 115 040) freigesprochen. Von 100 Angeklagten wurden im Jahre 1895 19,87, 1896 19,00, 1897 nur 19,49 freigesprochen. Unter den Verurteilten befanden sich 45 329 (44 276 und 44 384) Jugendliche unter 18 Jahren, unter den Freigesprochenen 10 965 (10 708 und 10 686). Der Anteil der Verurteilten an der Gesamtzahl der Verurteilten etc. ist im verschiedenen Steigen. Es waren von den Verurteilten vorbestraft 183 843 gegen 177 574 im Jahre 1896 und 172 169 im Jahre 1895, darunter 69 681 (67 926 und 66 755) einmal, 86 872 (85 384 und 84 965) zweimal, 48 168 (47 249 und 45 125) drei- bis fünfmal und 29 122 (27 430 und 25 318) mehr als fünfmal. Trotz dieser Zunahme der Vorbestraften zeigen die strengeren Strafarten einen wesentlichen Rückgang, was zumeist darauf zurückzuführen ist, daß die schwereren Verbrechen und Vergehen gegenüber den leichteren etwas zurückgetreten sind. Auf Todesstrafe ist gegen 69 (1897 56 und 1896 60) Verurteilte erkannt, auf lebenslängliches Zuchthaus gegen 2 (13 und 5). Zeitliche Zuchthausstrafe haben 9795 (10 465 und 10 858) Verurteilte erhalten, darunter 1176 (1335 und 1390) 5 und mehr Jahre. Zu Gefängnis sind 259 322 (256 544 und 258 591) verurteilt. Die Verurteilungen zu 3 Monaten und mehr Gefängnis haben abgenommen, die zu weniger als 3 Monaten zugenommen. Zu Festungshaft sind 147 (119 und 111) Personen verurteilt, zu Geldstrafe 185 408 (181 453 und 176 744), also erheblich mehr. Auf Verweis ist gegen 9718 (9175 und 8670) Jugendliche erkannt. Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte ist nur in 14 310 (15 182 und 15 915), Zulässigkeit der Polizeiaufsicht in 4412 (4843 und 5232) Fällen ausgesprochen.

Aus der Frauenbewegung.

Andersartigkeit der Frauen vom Wahrecht. Während in civilisierten Ländern, wie in England, Amerika, den australischen Kolonien, die Frauen in immer erweitertem Maße zur Teilnahme an öffentlichen Leben und zur Ausübung des Stimmrechts zugelassen werden, beachtet man in Wiederösterreich ein öffentliches Recht, das sie jetzt noch besitzen, ihnen zu nehmen. Es haben dort die Frauen ein beschränktes Gemeinde-Wahlrecht, ähnlich wie im Königreich Sachsen. Dem niederösterreichischen Landtage liegt nun ein Gesetzentwurf für eine neue Gemeinde-Ordnung vor, der den Frauen das bisherige geringe Gemeinde-Wahlrecht gänzlich entzieht. Ein Wort zur Begründung dieser reaktionären Maßregel hat der Wahlreform-Ausschuß nicht zu sagen.

Gerichts-Beilage.

Eine Anklage wegen Gotteslästerung wurde gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Sattler Franz K e r t s c h e r verhandelt. Der Angeklagte ist Redacteur der anarchischen Wochenchrift „Neues Leben“. In einer der Aprilnummern dieser Druckchrift wurde ein, angeblich vom Angeklagten verfaßter Artikel, betitelt „Ueber Religion“ veröffentlicht, in welchem grobe Gotteslästerungen enthalten sein sollten. Der Antrag des Staatsanwalts, die Sache bei verschlossenen Thüren zu verhandeln, wurde abgelehnt, da der Gerichtshof durch eine öffentliche Verhandlung eine Befriedigung der öffentlichen Ordnung nicht für vorliegend erachtete. Der Artikel begann mit einigen Betrachtungen allgemeiner Natur darüber, was bei den verschiedenen Völkern als „Religion“ bezeichnet werde. Der Verfasser stellte dann die Behauptung auf, daß es fraglich sei, ob Christus überhaupt je gelebt, oder nur eine lagen-

hafte Person sei. Christus sei ein Terrorist gewesen, weil er die Juden zum Tempel hinausgetrieben hätte, er sei Revolutionär gewesen, weil er eine gewaltige Umwälzung hervorgerufen habe, er sei Kommunist, Egoist und sogar Spiritist gewesen, weil er durch Hände-Auflegen wirkte. Christus habe sich durch die Worte „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist“ zum Monarchismus bekant, er sei Antisemit, Philosoph, Liberal und konservativ gewesen usw. Staatsanwalt Helbig führte aus, daß der ganze Artikel seines Inhalts wie seiner Tendenz nach eine unflätige Beschimpfung des höchsten Wesens enthalte, er beantrage gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Der Gerichtshof kam zu einer Verurteilung, aber, wie der Vorsitzende Landgerichtsrat Braun hervorhob, es sei der Angeklagte wegen seiner Unwissenheit und völligen Unbildung keineswegs so ernst zu nehmen, wie es seitens des Staatsanwalts geschehen sei. Der Gerichtshof habe auf 14 Tage Gefängnis erkannt.

Ein kleines Bild aus dem Arbeiterleben wurde gestern in einer Verhandlung vor Augen geführt, welche vor der 14. Abteilung des Schöffengerichts stattfand. Der Gerichtsdienere Goldmann hatte die Verhaftung des Vorsitzenden des Vereins ehemaliger 64er, Hofbuchbindermeister Frese, beantragt. Klager gehörte ebenfalls dem genannten Verein an, wurde aber laut Beschluß des Vorstandes im Herbst vorigen Jahres ausgeschlossen, weil er sich eines unamerikanischen Verhaltens schuldig gemacht haben sollte. Gegen diesen Beschluß legte der Klager Verurteilung bei dem genannten Verein ein, der indessen in einer Generalversammlung dem Beschluß seines Vorstandes zustimmte. Bevor diese letzte Entscheidung gefallen war, fand im Verein eine Festlichkeit statt, zu der irrthümlich auch der Klager eine Einladung erhielt. Er besorgte sich daraufhin bei einem Vorstandsmitgliede für sich und einige seiner Familienmitglieder Eintrittskarten. Als dies im Vorhinein zur Sprache gebracht wurde, mit dem Hinweis, daß G. möglicherweise selbst zum Fest erscheinen könne, was doch nach seinem erfolgten Ausschluss nicht anständig sei, erklärte der Beklagte, daß er als Vorsitzender die Sache schon regeln werde. Am Festabend stellte der Klager sich mit seiner Familie ein. Als er im Begriff war, seine Eintrittskarten dem Billeter zu übergeben, erhielt der Beklagte F. und erklärte dem Billeter auf den Klager zeigend: „Dieser Herr hat keinen Zutritt!“ Der so Zurückgewiesene zog es, um jedes Aufsehen zu vermeiden, vor, sich still mit seiner Familie wieder zu entfernen.

Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Leonh. Friedmann, führte im Termine aus, daß das Verhalten des Beklagten zweifellos beleidigend sei. Abgesehen davon, daß sich über die Frage, ob der Beschluß des Vorstandes gültig sei oder erst die Entscheidung des Vereins abgewartet werden müsse, streiten lasse, hätte der Beklagte unter allen Umständen eine andere Form wählen müssen, anstatt der beleidigenden Zurückweisung vor anderen Personen. Ein kurzer Brief hätte genügt, um dem Klager die Möglichkeit zu machen, daß er irrthümlich eine Einladung erhalten habe. Dazu komme noch, daß man dem Klager bei Einlösung der Festkarten gleichzeitig den Mitgliedsbeitrag für die folgenden drei Monate abgenommen habe. Der Gerichtshof konnte sich dem vom Verteidiger, Rechtsanwalt Ulrich, geltend gemachten Gründen um eine Freisprechung zu erzielen, nicht anschließen, sondern verurteilte den Beklagten zu einer Geldstrafe von 30 M.

Wahnwitz oder Verbrechen? In Wittsburg begann am 8. Mai der Prozeß gegen die junge und schöne Bertha Weist ein, die im Oktober v. J. angeblich auf „Befehl der Geister“ ihre Mutter ermordete. Die Familie Weist ein gehört zu den angesehensten und wohlhabendsten deutschen Familien der Stadt. Das schaurige Verbrechen des jungen Mädchens hatte eine Reihe von anderen tragischen Vorfällen im Gefolge. Bertha Weist ein ermordete ihre Mutter, nachdem der Vater wenige Monate vorher eines plötzlich ein T o d e s, wie gerüchelt wird, durch Gift gestorben war. Der Onkel der Mörderin, David Reis, der Augenzeuge der That gewesen war, warf sich an demselben Tage vor eine Lokomotive, die ihn buchstäblich in Stücke riß. Wenige Wochen darauf verhängte sich Edmund Weist ein, ein Bruder Berthas, aus Gram über das Verhängnis seiner Familie auf dem Grabe seiner Mutter, und kurz darauf starb auch ein Bruder des Vaters im Wagnis. Die Mörderin selbst, die sich nach ihrer That zwei Augen in die Brust schob und eine große Dosis Laudanum nahm, genas wider Erwarten vollständig. Sie hat seither niemals Neugier gezeigt und trug auch vor dem Schwurgericht ein heiteres Gesicht zur Schau. Die Staatsanwaltschaft steht auf dem Standpunkt, daß die Angeklagte mit ihrem Vetter ein unerlaubtes Verhältnis unterhalten hatte und den Mord beging, um ihrer Mutter den Schmerz über ihren Fehltritt zu eripieren. Die Verteidigung macht dagegen geltend, daß Bertha, die dem Spiritismus ergeben sei, aus Schmerz über den Tod des Vaters dem Wahnwitz verfiel und jedenfalls die That im Wahnwitz verübt habe. Die Angeklagte gab vor den Geschworenen mit größter Ruhe und lauter Stimme, ohne Gemütsbewegung zu verraten, eine Darstellung ihres Vergehens und dessen Vorgeschichte. Sie sagte, daß sie das Stiebskind ihres Vaters gewesen sei. Nach seinem Tode sei sie aus Gram schwer krank geworden. Ihre Mutter sei Spiritistin gewesen und habe auch sie zu dem Glauben an die Geisterwelt bekehrt. Sie habe den Gedanken gefaßt, sich selbst und der Mutter den Tod zu geben, um in der andern Welt mit dem Vater wieder vereint zu werden. Der Staatsanwalt suchte im Kreuzverhör durch Fragen nach geringfügigen Einzelheiten, die sich kurz vor der That trugen, nachzuweisen, daß der Geisteszustand der Angeklagten damals ein normaler gewesen sei. Die Angeklagte beantwortete alle diese Fragen mit Klarheit und Bestimmtheit. Sie gab im Kreuzverhör des weiteren an, in Chicago habe ein spiritistisches Medium ihr gesagt, ihr Vater könne nicht glücklich sein, bis er nicht mit der Mutter wieder vereint sei. Sie habe deshalb geglaubt, es würde das Beste sein, wenn sie auch ihrem Leben ein Ende machte, um den Eltern zu folgen. Der vom Staatsanwalt verurteilte Nachweis eines unerlaubten Verkehrs der Angeklagten mit ihrem Vetter konnte nicht erbracht werden. Von den Meinungsäußerungen der von der Verteidigung vorgeladenen Ärzte sind folgende bemerkenswert: Dr. Ure, seit Jahren der Hausarzt der Familie Weist ein, sagte, daß Bertha stets von überaus nervösen Temperament gewesen sei und er sie häufig wegen Neurosis behandelt habe. Zur Zeit, als sie kurz nach ihrem Selbstmordversuch einer Verwandten das Gefährdend gemacht, daß sie mit ihrem Vetter in Chicago in einem unanständigen Verhältnis gestanden habe, sei sie in Folge hochgradigen Fiebers in unzurechnungsfähigem Zustande gewesen. Zur Zeit, als sie das Verbrechen begangen, sei sie seiner Ansicht nach unzweifelhaft wahnwitzig gewesen. Sie habe häufig Hallucinationen gehabt und ihr Zustand sei durch den Tod ihres Vaters und die ihr in Chicago von den Spiritisten gemachten Mitteilungen verschlimmert. Dr. Berg gab an, daß die Angeklagte während ihrer Krankheit nach dem Selbstmordversuch häufig Wahnvorstellungen gehabt habe. Dr. Mc Kenman, Dr. Diller, Dr. Abers und Dr. Erwing, anerkannte Autoritäten in der Behandlung von Geisteskranken, sprachen sich sämtlich dahin aus, daß die Angeklagte zur Zeit, als sie die Thatthat beging, wahnwitzig gewesen sei und daß die Thatthat, daß sie nicht die geringste Reue zeige, diese Ansicht bestärke. Der Anwalt, daß ihre Eltern nahe Verwandte gewesen seien, habe möglicherweise den Keim zu ihrer Krankheit gelegt.

Die Polizei gegen die Droschkentischer. Die Bestimmungen von Polizeiverordnungen müssen unter allen Umständen zur Ausführung gebracht werden, selbst wenn dies unmöglich ist. Dies scheint die Ansicht des Polizeipräsidenten zu sein. Daß es unter diesen Umständen äußerst schwierig ist, in unferm Reichthum zu seinem Rechte zu gelangen, das hat der Droschkentischer Holzhausen erfahren müssen. Derselbe kam am 1. Januar d. J., abends 9 Uhr, mit seiner Droschke 1. Klasse von der Lehrter Bahn, um seine Fahrgäste am Potsdamer Bahnhof abzugeben. Nachdem dies geschehen, wollte er auf dem Droschkentischplatz der Anfuhrstraße des Potsdamer Bahnhofes anfahren. Da dort gerade ein Zug eingelaufen war und bereits sämtliche reservierten Droschken bezogen waren, so kam er

gar nicht dazu, seine Absicht auszuführen. Schon an der Einfahrt wurde er nämlich von einem Gepädträger mit Beschlag belegt, welcher ihm einige Gepädstücke in den Wagen warf, welchen gleich darauf deren Besitzer nachfolgte. Holzhausen war daher nicht wenig erstaunt, als er etliche Tage darauf ein polizeiliches Strafmandat über 6 M. erhielt, weil er am Potsdamer Bahnhofe Fahrgäste aufgenommen habe, ohne seine Blechmarke gemäß der bestehenden Polizeiverordnung abgegeben zu haben. Hiergegen erhob Holzhausen natürlich Widerspruch, er hatte den zweifelhaften Erfolg, daß das Schöffengericht die Polizeistrafe auf 1 M. herabsetzte. Doch auch hiermit war Holzhausen nicht zufrieden, da er sich keiner Frevelthat bewußt war, und so legte er, um zu seinem Rechte zu gelangen, gegen das Schöffengerichtliche Urteil Berufung ein. Und erst der Strafkammer war es vorbehalten, die nach Lage der Sache einzig richtige Entscheidung zu treffen. In dem Termine am 18. d. M. wurde der „Angeklagte“ endlich freigesprochen. Die Strafkammer nahm an, daß Holzhausen in dem geschilderten Falle gar nicht in der Lage war, seine Blechmarke abzugeben zu können. Hätte Holzhausen weniger Energie besessen, so hätte er 6 M. Blechen müssen, und zwar — von Rechts wegen!

Zurückführung Abänderungen in einer Feuerversicherungs-Police der polizeilichen Genehmigung bedürfen, darüber spricht sich eine Entscheidung aus, welche der Strafkammer des Kammergerichts am 25. Mai gefällt hat. Im März v. J. hat der Kolonialwarenhandlender Bernhard Redem in Anstalt bei der Vaterländischen Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Erfeld eine Herabsetzung der Versicherungssumme um zusammen 735 M. beantragt. Der Agent hat dem Antragsteller das bezügliche Schriftstück ausgehändigt, ohne zuvor die polizeiliche Genehmigung zu der bewirkten Veränderung nachzufragen. In dieser Unterlassung wurde von der Anklagebehörde ein Verstoß gegen § 14 des Feuerversicherungs-Gesetzes vom 8. Mai 1837 gefunden, da die getroffenen Abänderungen wesentliche seien und den gesetzlichen Erfordernissen einer neuen Police entsprechen. Die dritte Strafkammer des Landgerichts zu Köln hat dem auch den angeklagten Agenten zu 80 M. eventuell sechs Tagen Haft verurteilt. In der dagegen eingelegten Revision wurde behauptet, daß die Veränderungen in der Police nicht einen neuen Versicherungsvertrag geschaffen, sondern denselben nur in einigen Punkten modifiziert haben. Der Strafnat des Kammergerichts erkannte auf Zurückweisung der Revision, da aus der Tendenz des Gesetzes, Uebersicherungen zu verbieten, klar hervorgehe, daß derartige Veränderungen in der Police derselben den Charakter einer neuen verleißen.

Vermischtes.

Das Fahrrad gegen die Socialdemokratie. Prof. Dr. De Lbrück aus Berlin hielt auf dem gegenwärtig in Kiel tagenden evangelisch-socialen Kongreß eine begeisterte Lobrede auf das Fahrrad. Er sagte: „Ich kann Ihnen jetzt mitteilen, daß mir das Verständnis für die Lösung der socialen Frage aufgegangen ist. (Große Heiterkeit.) Ich kann es Ihnen mit einem Worte sagen: „Ich bin seit zwei Jahren Radfahrer.“ (Heiterkeit.) Im Velociped liegt die Zukunft des Volkes. Ein Redner hat die Lösung der socialen Frage in der Befestigung der Transporthilfe erblickt. Auch darin schafft das Rad Wandel. Kein Radfahrer ist Alkoholist. Das verdrängt sich nicht. Auch die Wohnungsfrage, ein so wichtiges Kapitel der socialen Frage, löst das Rad. Mit dem Rade kann der Arbeiter hinausfahren aus den großen Städten nach den Villenkolonien, wo die Grundrente noch nicht eine so große und drückende ist. Geben Sie den jungen Leuten ein Rad und sie fahren hinaus und haben kein Interesse, sich mit socialdemokratischen Versammlungen abzugeben. (Große Heiterkeit.) Beinahe habe ich schon Angst, daß der ganze Kongreß morgen überflüssig ist. (Heiterkeit.) Da wir aber noch nicht so weit sind, daß jeder sein Huhn im Topfe hat und sein Fahrrad im Flur, werden wir uns doch wohl noch morgen mit ernstlichen Beratungen abgeben müssen.“ Große Heiterkeit belohnte diese Ausführungen. Das war namentlich in Bezug auf die professionalen Ausführungen über das Fahrrad als Kampfmittel gegen die Socialdemokratie recht geschickt.

Grober Huf. Die Generaldirektion der bairischen Staatseisenbahnen teilt folgendes mit: „Am 23. d. wurde bei Schnellzug 133, in welchem sich Prinz Leopold befand, zwischen Jaxod und Gollmannsdorf durch einen Schuß oder Steinwurf das Fenster eines Personenwagens zertrümmert. Untersuchung ist eingeleitet.“

Doppelselbstmord. Aus Rostock wird berichtet: In den Eilmotoren kamen wurden gestern die Leichen zweier jungen Leute, eines Studenten und eines Landchaftsmalers, gefunden. Daneben lag das Leichnam, mit dem sie sich nacheinander den Tod gegeben hatten. Der Schuß ging bei der einen Leiche in die Schläfe, bei der anderen in den Mund.

Die Heuschreckengefahr in Spanien ist so groß, daß die Regierung in Madrid eine Prämie von 10 Cent ausgesetzt hat für jedes Kilogramm gesammelter Heuschrecken. In den Straßen sieht man Kinder und erwachsene Personen, die mit dem Einsammeln von Heuschrecken beschäftigt sind. Manche sammeln 40—50 Kilogramm an einem Tage. Die Eisenbahnen in der Provinz Asturien sind so bedeckt, daß die Lokomotiven am Weiterfahren behindert sind. Der Kriegsminister hat beschlossen, 10 000 Mann der Garnison Madrid nach den Provinzen zu senden, um die Heuschrecken zu vernichten.

Neues Telegraphenkabel. Aus Lissabon wird berichtet: Die Kaiserliche Regierung hat heute die Vorlage, durch welche einer englischen Gesellschaft die Konzession erteilt wird zur Legung von direkten Telegraphenkabeln zwischen den Azoren, Canada und New York und zwischen den Azoren—England oder Island und Genua.

Eisenbahn-Unglück in Rußland. Auf der Kursker Bahn entgleiste ein Güterzug: 11 Wagen wurden zertrümmert, der Maschinist und der Zugführer wurden verletzt.

Marktpreise von Berlin am 24. Mai 1899

nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidenten.			
Waren	D. Gr.	1898	1899
*) Weizen	16,15	14,90	Schweinefleisch 1 kg 1,80 1,14
*) Roggen	15,15	14,-	Rindfleisch „ 1,90 1,-
*) Futter-Weizen	13,50	12,70	Hammelfleisch „ 1,60 0,90
*) Hafer gut	15,50	15,10	Butter „ 2,60 2,-
*) „ mittel	15,-	14,50	Fer „ 60 Stck 3,00 2,-
*) „ gering	14,40	14,-	Karpfen 1 kg 2,- 1,20
*) Weizenroh	4,18	3,80	Kaese „ 2,80 1,40
*) Gerst	7,20	6,60	Lander „ 2,60 1,-
*) Erbsen	40,-	25,-	Schick „ 2,20 1,20
*) Bohnen	30,-	25,-	Varische „ 1,90 0,80
*) Hülsen	70,-	30,-	Schick „ 2,20 1,20
*) Kartoffeln, neue	6,-	4,-	Weiz „ 1,20 0,80
*) Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80	1,30	Krebse per Schod 12,- 2,50
*) do. do.	1,20	1,-	

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirthschaftskammer — Notermittlung — und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppel-Centner.

*) Kleinhandelspreis.
Produktenmarkt vom 25. Mai. September-Weizen zog um 1,50—1,75 M. an, im Anschlag hierzu zogen Mai-Weizen und Roggen, der nur schwach gefragt war, 1/2—1/3 M. an. Aufschlagangebot war reichlich. Hafer still, Mais ruhig, aber sehr. Rindfleisch unverändert. Auf dem Spiritusmarkt herrschte eine matte Stimmung. Angeboten waren 90 000 Liter 70er Ware, welche mit 40,20 M. (— 0,30 M.) gehandelt wurden. In 50er Ware war ein Polzen angeboten, der aber wieder zurückgezogen wurde. Spätere Sichten zeigten sich gut behauptet, nahe Sichten durch Realisationen dagegen gedrückt.

Wetter-Prognose für Freitag, den 26. Mai 1899.
Etwas kühler, zeitweise heiter, vorherrschend wolfig mit Regenschauern und ziemlich frischen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

